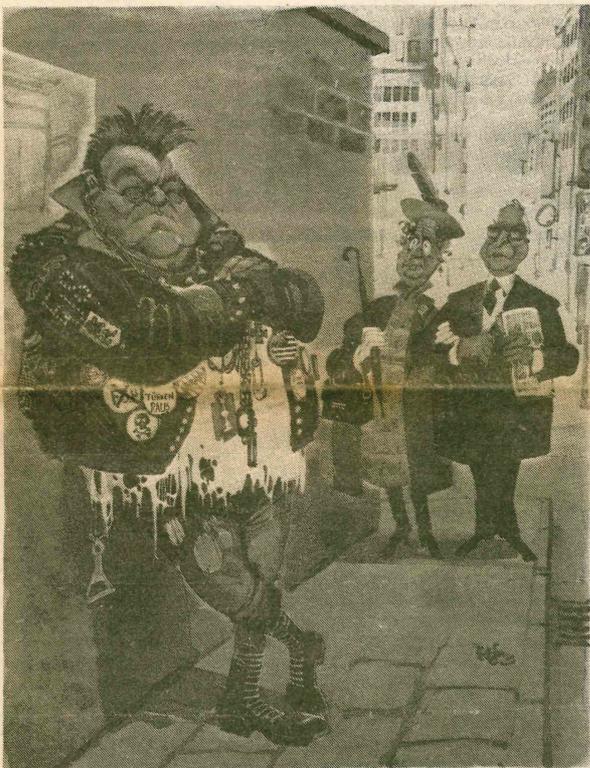




Ausländerfeindlichkeit Stützpfeiler des Systems!



„Keine Angst, Liebling, es ist jemand aus unserer Familie!“

★ Weitere Thesen zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit

Der Krisenverlauf wird es notwendig machen, die wahren Ursachen der Krise zu verschleiern und in metropolitanen Ländern Sündenböcke zu suchen. Zu diesem Zweck wird man die Ausländerfeindlichkeit schüren und die Ausländer für alle Mißstände verantwortlich machen. Die vorbeugenden Maßnahmen der Regierung werden sich binnen kurzem als unzureichend erweisen, und Zwangsmaßnahmen zwecks Ausweisung der Arbeitslosen werden auf die Tagesordnung kommen. Sollte sich auch dies als unzureichend herausstellen, so wird der faschistische Terror von offizieller Seite grünes Licht bekommen.

Fortsetzung Seite 10

Gelenkte Demokratie der Militärs

Mit dem Verbot der konservativen "Partei der Großen Türkei" hat die Junta alle Konkurrenten um die Macht im Staate ausgeschaltet

Die Linke sitzt auf der Zuschauertribüne und durchlebt eine ernste Identitätskrise

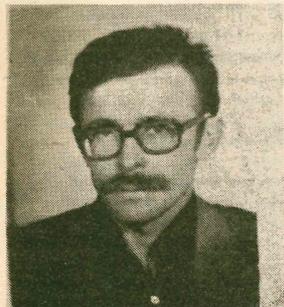
Das "Modell Türkei" bedeutet nicht nur Export-Orientierung à la Friedman, sondern auch faschistische Herrschaft unter schein-demokratischen Verhältnissen (= Gelenkte Demokratie)

Fortsetzung Seite 6



Otto Schily bei der Kundgebung vor der Türkischen Botschaft

Abdullah Gülbudak ermordet



Abdullah GÜLBUDAK

Block inzwischen mit politischen Gefangenen belegt worden ist. Neben 80 Linken sitzen hier auch 30 Rechte ein. Am 1. Mai kam es zum 1. Mal zu Auseinandersetzungen weil die Linken den Tag der Arbeit begehen wollten. Am 6. Mai (dem Jahrestag der Hinrichtung von Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan) mischte sich auch das Gefängnispersonal ein. Schüsse wurden abgegeben und intensiv der Schlagstock eingesetzt. Am Ende mußten 36 Linke ins Krankenhaus verlegt werden.

Als die Angehörigen am Montag den 9.5.83 zu Besuch kamen, wurde keiner der linken Gefangenen vorgeführt. Aus den Gesprächen mit den rechten Häftlingen aber erfuhren sie den Hintergrund des Besuchsverbots. Im Krankenhaus war auch nichts genaues zu erfahren, aber eine Woche darauf meldete die Zeitung Cumhuriyet, daß Abdullah Gülbudak eines normalen Todes gestorben sei.

In Wirklichkeit aber ist er an einem Gehirntrauma gestorben, daß von der Stockschlägen herrührt. Er hinterläßt Frau und 4 Kinder.

Abdullah Gülbudak (34) war vom Militärgericht in Ankara als Kassenswart der Lehrervereinigung TÖB-DER zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem durch das militärische Revisionsgericht das Urteil bestätigt war, wurde er zusammen mit 3 weiteren TÖB-DER Mitgliedern in die geschlossene Haftanstalt von Ankara verlegt. Dies ist ein ziviles Gefängnis, in dem neben unpolitischen Tätern ein

AUS DEM INHALT:

Adventure Express 83
Ein neues Israel im Mittleren
Osten 2

Parteien - von Juntas Gnaden .. 3

44 Todesurteile und
Demokratie 3

Gelenkte Demokratie
der Militärs- Die historische
Bedeutung des 12.
September 6

Der DGB und die Türkei-
Solidarität 9

Weitere Thesen zum Kampf
gegen Ausländerfeindlichkeit. 10

Protestaufruf 12

Sofortiger Stopp der Türkeihilfe

Die GRÜNEN im Bundestag fordern von der Bundesregierung die sofortige Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe an die türkische Junta. Während eines dreitägigen Aufenthaltes in Ankara versuchte eine Delegation der Bundestagsfraktion der GRÜNEN Juntachef Evren ein Protestschreiben gegen die Todesurteile gegen PKK- und HDÖ-Angehörige zu überreichen. Sie wurden jedoch von keiner offiziellen Stelle der türkischen Regierung empfangen, mit dem Argument, daß die türkische Junta keinerlei Proteste von Ausländern entgegennimmt. Nach ihrer Rückkehr nahmen die GRÜNEN an einer Pressekonferenz und einer Protestkundgebung vor der Türkischen Botschaft in Bonn teil.

Fortsetzung Seite 12

ADVENTURE EXPRESS 83 Ein neues Israel im Mittleren Osten?

Im Mittleren Osten geschehen interessante Dinge, die in der westlichen Presse nur wenig Wiederhall finden. Der erstmalige Einsatz der 'Schnellen Eingreiftruppe' bei den NATO-Manövern, die am 20. Mai 1983 in der Türkei begonnen haben und einen Monat dauern sollen, und die gleichzeitige Besetzung eines Teils des Irak, die unter dem Vorwand der 'Guerrilla-Jagd' den Kurden drohen und ihnen zugleich zeigen sollte, was geschehen wird, wenn es nötig ist, machen deutlich, daß die USA dabei sind, eine neue Balance im Mittleren Osten aufzubauen.

Die Entwicklungen zeigen, daß die Türkei der Generäle bei der Verwirklichung der imperialistischen Ziele der USA im Mittleren Osten eine direkte und gegenüber früher erweiterte Rolle spielen wird.

Die Türkei, die NATO-Mitglied ist und an der Südflanke der NATO über die stärkste Armee verfügt, ist durch ihre geographische Lage (Grenze zur SU, Meeresverbindungen u.ä. Besonderheiten) für die Politik der USA und der NATO ein Land von existenzieller Wichtigkeit.

Daß der gesamte Mittlere Osten im internationalen Rahmen einen strategisch wichtigen Platz einnimmt, ist ebenfalls eine bekannte Tatsache. Insbesondere die Entwicklung im Iran, der iranisch-irakische Krieg, die Palästina-Ereignisse, und die Geschehnisse im Libanon haben den Mittleren Osten in das besondere Interesse der Weltöffentlichkeit gerückt. Da ist es sicherlich kein Zufall, daß die USA just zu diesem Zeitpunkt die Gründung einer 'Schnellen Eingreiftruppe' für den Mittleren Osten planen und, um diesen Plan mit Hilfe der Türkei zu realisieren, anfangen, wichtige Flughäfen in Türkei-Kurdistan zu bauen.

Aus diesem Grund wird seit langem mit Hilfe der Junta daran gearbeitet, im Osten der Türkei ein sicheres Gebiet für die 'Schnellen Eingreiftruppen' zu schaffen. Aus diesem Grunde auch marschier-

te die Türkei in den Irak ein und führte eine tagelange 'Operation' und Massaker gegen die bewaffneten kurdischen Peschmerga durch, die in Iran- und Irak-Kurdistan ein wichtiges Hindernis für diese Pläne darstellen könnten.

Diese Entwicklungen zeigen, daß die Türkei einer der beiden Stützpfeiler des Mittleren Ostens sein wird, und daß die Türkei im Auftrag der USA und der NATO die Aufgaben im Mittleren Osten wahrnehmen wird, die Israel nicht hat erfüllen können. Die Bedeutung der Tatsache, daß zu der Zeit des Einmarsches in den Irak sich der amerikanische Oberste Heeresleiter in der Türkei befand, daß in den letzten Monaten ständig militärische Delegationen die Türkei besucht haben, die Worte des türkischen Außenministers Türkmen, daß "wir zur Herstellung der Ruhe wenn nötig bis Beirut gehen werden", die Entscheidung auf dem letzten Treffen der Verteidigungsminister der NATO, daß die NATO zusammen mit den USA auch in Gebieten, die außerhalb ihres Bereiches liegen, eingreifen kann, ist, daß die Türkei im Mittleren Osten ein zweites und neues Israel werden soll.

Denn sowohl die USA als auch die NATO wünschen keinen neuen Iran, keinen neuen Libanon und sind dabei, dieses Mal schon vorher die notwendigen 'Maßnahmen' zu treffen. Aus diesem Grund unterstützen sie die Türkei, die in Piratenmanier in den Irak einmarschiert und mit Räubermethoden das kurdische Volk angreift, und protestieren in keiner Weise gegen das Israel-ähnliche Vorgehen der Türkei.

Im Lichte dieser Ereignisse gewinnen die NATO-Manöver, bei denen erstmalig die 'Schnellen Eingreiftruppen' eingesetzt und ausprobiert werden, eine große Wichtigkeit und Bedeutung.

Dagegen müssen wir unbedingt protestieren, müssen das wahre Ziel, das hinter diesen NATO-Manövern steckt, aufklären!

Anwälte in Istanbul unter Druck

Es ist bekannt, daß Verteidiger in politischen Prozessen erheblichen Repressalien unterliegen. In Diyarbakir hat das soweit geführt, daß praktisch kein Anwalt mehr vor dem Militärgericht tätig ist. Auch in Ankara gibt es nach mehreren Prozeßverweisen und verfahren wegen Verteidigertätigkeit keine offensive Verteidigung mehr.

Istanbul bildete bislang eine Ausnahme, denn in dieser Riesenstadt mit ihren unendlich vielen politischen Prozessen war die Zahl der fortschrittlichen Anwälte bislang zu groß, um sie allesamt einzuschüchtern. Mehrere Verfahren aber zeigen inzwischen auch ihre Wirkung auf die Anwaltschaft und man braucht sich nicht zu wundern, wenn auch hier kaum noch ein Anwalt in politischen Prozessen verteidigen will.

Zu erwähnen braucht man hier wohl nicht die unzähligen Rauschmissive aus den verschiedenen Prozessen, bzw. den Kampf um Kollektive Verteidigung, der auch im DISK -Verfahren verloren wurde. Bedrohlich aber wurde es ab Ende 1982 und hier sind 4 Vorfälle bezeichnend:

a) 7 Anwälte wegen §140 angeklagt Die Anwälte Ali Riza DIZDAR, Ayhan SOYSAL, Sabri ÖNLÜ, Nebi BARKAS, Oktay KÖK, Nesrin DURSUN (INCIOGLU) und Mehmet FEYYAT sind angeklagt, im Oktober/November 1981 ein Flugblatt in der Bundesrepublik vertrieben zu haben, in dem ein Protokoll aus der Militärhaftanstalt Metris aufgeführt war.

Der Hintergrund ist ein Flugblatt, das von "Devrimci Halkin Yolu" herausgegeben wurde und in dem ein handgeschriebenes Protokoll kopiert aufgeführt war. Dieser Protokoll hatte die Unterschriften der Anwälte getragen. Diese Tatsache alleine reichte der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul, um die Anwälte wegen antitürkischer Propaganda im Ausland anzuklagen.

Der Prozeß ist noch in der Schwebe und es ist ungewiß, ob die Anwälte einen Freispruch erreichen können. Für alle Verteidiger aber hat dieses verfahren zunächst einmal zu der Konsequenz geführt, keine Informationen mehr an das Ausland zu geben.

b) Der Prozeß gegen den Disziplinarausschuß der Anwaltskammer

Nach langem Hin und Her hat nun auch der Prozeß gegen die Mitglieder des Disziplinarausschusses der Anwaltskammer Istanbul begonnen.

Ihnen wird vorgeworfen, den Vorsitzenden Orhan Apaydin während seiner Untersuchungshaft im Zusammenhang mit der Anklage gegen die Friedensvereinigung nicht des Amtes enthoben zu haben.

In der gleichen und weiteren Angeklagten läuft noch ein Ermittlungsverfahren gegen den gesamten Vorstand der Anwaltskammer und man darf jetzt schon auf den Ausgang

gespannt sein.

Das Verfahren gegen die 5 Mitglieder des Disziplinarausschusses ist ebenfalls noch nicht zu Ende und es ist zweifelhaft, ob das Gericht sich ihrer Ansicht anschließt, daß sie dem Kollegen vor einem Ausschluß mindestens rechtliches Gehör verschaffen wollten.

c) Steuerermittlung gegen 83 Anwälte

Einen ganz neuen Trick hat sich die Kriegsverfahrenskommandantur mit der Steuerermittlung gegen 83 Anwälte einfallen lassen. Aus den Jahren 1980 und 1981 wurden alle politischen Verfahren in Istanbul überprüft und anhand der Befragung der Angeklagten versucht man nun nachzuweisen, daß die Anwälte entweder Geld kassiert haben, was sie nicht versteuert haben, oder aber, daß sie bestimmten Organisationen angehören, weil sie deren Angehörige kostenlos verteidigt haben.

Den Mandanten der Anwälte werden dabei u.a. folgende Fragen gestellt: "Wer hat den Anwalt empfohlen?" "Wie ist die Vermittlung zustande gekommen?" Unter den Vertretungen sind dabei allerdings auch Aufträge, die niemals zur Ausführung kamen. So haben z.B. viele Lehrer nach einem Unterrichtsboykott aus Protest gegen das Massaker von K.maras Vollmachten unterschrieben weil sie in möglichen Prozessen anwaltlich vertreten sein wollten. Wenn nun die Steuerbehörden davon ausgehen, daß für jede Vollmacht einige 1.000 Lira kassiert wurden, so bedeutet das eine horrende Forderung von Steuer-

nachzahlung, die die Anwälte vor finanzielles Debakel stellen würde.

d) 1Tag Haft für DISK -Hauptanwalt Die Strafe von 1Tag Haft für den Hauptanwalt im DISK -Verfahren, Ercüment Tahiroglu, nimmt sich eher lächerlich aus, wenn man an die jahrelange Haft der politischen Gefangenen denkt. Aber die Art und Weise, wie diese Strafe festgelegt wurde, soll eine Warnung an alle Verteidiger sein, die nun vor blanker Willkür der Militärgerichte nicht mehr sicher sein können.

In der Verhandlung am 4.5.83 hatte E. Tahiroglu einige Beweismittel als "nicht ernsthaft" bezeichnet weil ihre Herkunft nicht vermerkt war (sie stammten vom Geheimdienst). Allein diese Äußerung aber war für das Gericht Grund, den Anwalt wegen Belästigung noch im Gerichtssaal festnehmen zu lassen. Am nächsten Tag verhandelte dann die gleiche Kammer auch diesen Fall. Die einsprüche der Anwälte, daß ein Geschädigter (also Partei) nicht gleichzeitig Richter sein könne, wurden einfach ignoriert. Zusätzlich dürfte überhaupt nur ein Anwalt tätig werden. Die Begründung der Kammer war, daß dies eine Fortsetzung des DISK-Verfahrens sei und deshalb die gleichen Prinzipien angewendet werden müßten. Die Freiheitsstrafe von einem Tag war dann auch das lächerliche Ergebnis, aber da der Anwalt schon einen Tag inhaftiert gewesen war, bestätigte sich das Gericht diese Fehlentscheidung noch einmal, um keinen Antrag auf Haftentschädigung zu bekommen. Der Prozeß aber demonstriert die Ohnmacht der Anwälte in der Türkei, die sich nicht einmal selber mehr verteidigen können. Zu alledem aber fühlen sich die Anwälte auch vom Ausland verlassen.

Selbstverwaltung
in einem Schwellenland

FATSA

Ein Modell wird angeklagt



Diese Broschüre wurde unter Zuhilfenahme zweier Serien aus der nach dem Putsch vom 12. September 1980 verbotenen Tageszeitung *Tageszeitung Demokrat* vom Mai und Juli 1980 und einer Serie aus der liberalen Tageszeitung *Cumhuriyet* vom August 1980, sowie verschiedener Artikel in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift *türkei-information* zusammengestellt.

V.i.S.d.P.: M. Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18

Bestellung: 3,-DM Schildergasse 101 a 5 Köln 1

TÜRKEI INFORMATION

türkei information berichtet aus der Türkei und von türkischen und kurdischen Arbeitern in der Bundesrepublik.
türkei information erscheint 2-monatlich.

Ich möchte Abonnent der türkei information werden

Preis für 1 Jahr: DM 15,-

Anschrift: _____

Stadtparkasse Köln
Konto: L.Ulusal 144 9132 17
BLZ: 370 501 98

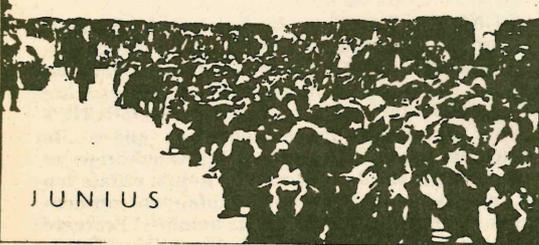
türkei information
Schildergasse 101 a
5 Köln 1

Postscheckamt Köln
Konto: türkei information
L.Ulusal 322 919-509

Rainer Werle

»Modell« TÜRKEI

Ein Land wird kaputtsaniert



JUNIUS

"Modell Türkei": Ein Land wird kaputtsaniert, 212 Seiten, 18,- DM, Hamburg: Junius - Verlag, 1983

TÜRKEI INFODIENST
der alternativen türkeihilfe
V.i.S.d.P. u. Verleger:

Michael Helweg,
Postf. 180 180,
4800 BIELEFELD 18
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6/Monate/
20,-DM, 1Jahr /40,-DM
Konten: Michael Helweg
Postscheckamt Hannover,
3981 01-304
BLZ: 250 100 30
M. Helweg, Kreisspar-
kasse Herford - Bünde,
1 000 008 613
BLZ: 494 501 20
Der 'türkei infodienst'
erscheint 14 - tägig.

'Demokratisierung' PARTEIEN - VON JUNTAS GNADEN

Schaut man sich die türkischen Zeitungen an, so könnte man meinen, daß in der Türkei der politische Frühling ausgebrochen sei. Immer wieder neue Namen von bekannten Personen des öffentlichen Lebens werden genannt, die nun Parteien gründen wollen. Zunächst verwunderte es außerdem, daß sofort wieder von 'links' und 'rechts' die Rede war, obwohl der Putsch vom 12.9.80 doch gerade die Auseinandersetzungen zwischen links und rechts hatte beseitigen wollen.

Nach den ersten Wochen dieses Karussells ist aber schon klar, daß es nicht allzu viele Parteien werden. Die Generäle hatten sich überhaupt nur zwei Parteien vorgestellt, die in ihrem Interesse das parlamentarische Spielchen durchführen sollten. Während sie dabei auf dem konservativen Flügel zunächst den Ministerpräsidenten Uluş als Spitzenkandidat auserkoren hatten, griffen sie später auf einen pensionierten General, Turgut Sunalp, zurück, der auch den Kreisen der aufgelösten AP des Ex-Ministerpräsidenten Demirel gefallen sollte.

Demirel, selber mit 10 Jahren politischem Verbot belegt, hat sich aber auch auf den neuen Spitzenkandidaten eingelassen und seine eigene Partei gegründet. So war denn Turgut Sunalp auf eine Handvoll Minister und die Beteiligung einiger Mitglieder der Beratenden Versammlung angewiesen, um die "Partei der Nationalistischen Demokratie" zu gründen. Gleich am 16. Mai 1983 überreichte Sunalp die Gründerliste dem Innenministerium.

Das Programm aber wurde erst später bekanntgegeben und scheint auch gar nicht so bedeutend zu sein, da es im wesentlichen um Parlamentssitze und Ministersessel geht. Die "Partei der Nationalistischen Demokratie" zeichnet sich dabei durch eine Betonung von Ruhe und Ordnung aus, die die Ziele des 12. September und einige Passagen aus der Verfassung ins Programm übernommen hat.

Da die Generäle nun ihre "rechte" Partei hatten, mußten sie der pluralistischen Demokratie zuliebe nun auch noch eine "linke" Partei gründen. Dazu aber hatten sie nur einen Kandidaten: Necdet Calp, der als Staatssekretär im Ministerpräsidium arbeitete und früher einmal Privatsekretär des Altvaters der CHP, İsmet İnönü, Waffenbruder von Atatürk, gewesen war.

Der Versuch, eine "Volkspartei" zu bilden, kann aber jetzt schon als gescheitert betrachtet werden. Dabei erinnert nicht nur der Name "Halkçı Parti" (HP) und die Sonne mit den zwei mal sechs Strahlen extrem an die Republikanische Volkspartei, das Programm wurde praktisch auch übernommen, da man exakt die sechs Prinzipien der CHP beibehalten hat. Jede andere Partei, die sich eine solche Ähnlichkeit mit alten Parteien geleistet hätte, wäre von den Generälen aufgrund ihrer eigenen Verordnungen sofort verboten worden, aber natürlich nicht die eigene Gründung.

Trotzdem sind kaum Anhänger der "demokratischen Linken", wie sich die CHP'ler nannten, zu dieser Front übergegangen. Im Gegenteil hat es schon vor der offiziellen Anerkennung Austritte aus der Partei gegeben, die demnach kaum in die Auseinandersetzung eingreifen wird.

DIE LINKE

Außer den durch die Militärs geschaffenen Parteien haben auch "vile" Kräfte einen Parteiaufbau versucht. Die sogenannte "Linke" der Türkei bietet dabei eher ein klägliches

Bild. Nachdem die Junta des Sohn von İnönü, Prof. Erdal İnönü, zurückgepfiffen hatte, wollte sich keine Führungspersönlichkeit finden lassen. Ex-Ministerpräsident Ecevit verzichtete bewußt darauf, einen Nachfolger für die CHP-Führung zu bestimmen und hat über den Ex-Gewerkschaftsboß Halil Tunc verläuten lassen, daß unter den derzeitigen Bedingungen eine Parteigründung sinnlos ist. Er vertritt die Ansicht, daß Politik in Zukunft auf den Feiern und in den Fabriken ansetzen muß.

Aber natürlich gab es auch 'macht-hungrige' Figuren, die sich als 'Sozialdemokraten' gerne als Parlamentarier und Minister gesehen hätten. Der Begriff Sozialdemokrat schien dabei auf eine Radikalisierung hinzuweisen, verschleierte aber nur, daß sich relativ unbedeutende CHP'ler an einer Neugründung beteiligten.

Wort von Solidarität mit den gefeuerten Hochschulangehörigen, gegen das Verbot der politischen Betätigung, Begnadigung der politischen Gefangenen oder dergleichen. Die Linke der Türkei wird bei den Wahlen am 6. November dieses Jahres nur Zuschauer sein, denn bei den zerstörten Massenorganisationen und einer gespaltenen Sozialdemokratie hat sie keine Alternative anzubieten.

DIE "RECHTE"

Ganz anders sieht es dabei auf dem rechten Flügel aus. Der Ex-AP-Chef, Süleyman Demirel steuert aus dem Hintergrund einen antimilitarischen Flügel, der einhellig den Anspruch auf die Macht stellt. Er hat sich auf keinen Kompromiß mit der Junta



Parteigründung geht von oben nach unten!..

Neben einer sogenannten 9-er Gruppe hatte die Versammlung der Ex-Provinzchefs der CHP den Anschein, daß hier so etwas wie eine Partei zustande kommen könnte. Aber nicht einmal die aussichtsreichsten Kandidaten für Istanbul, Exbürgermeister Aytakin Kotil und Ex-Fernseh- und Rundfunkdirektor İsmail Cem, konnten untereinander einig werden. Das Feld schien neben dem gescheiterten Calp und aussichtslosen Sunalp der Demirel Mannschaft überlassen zu werden.

Da schickten die Generäle erneut İnönüs Sohn ins Rennen, den sie gerade 2 Wochen vorher zurückgepfiffen hatte. Die "Linke" hat jetzt ihre Führungspersönlichkeit und wird mit einer Partei zu den Wahlen antreten. Der Erfolg ist aber mehr als fraglich denn bei den "Neo-Sozialdemokraten" läßt sich nichts von einem fortschrittlichen Programm entdecken. Sie werden getreue Gefolgsleute der Junta sein und nach ihren eigenen Aussagen frühestens nach 5 Jahren beginnen Fehlentwicklungen in der türkischen Gesellschaft zu korrigieren. Keir

eingelassen und mit der "PARTEI GROßE TÜRKIE" (BTP) auch schon seine Förmation vorgestellt. Neben dem Vorsitzenden Ali Fethi Esener sind noch weitere 5 Generäle mit in der Gründermannschaft, so daß es der Junta auch schwerfällt, hier auszuwählen.

Der kluge Fuchs auf der Bühne aber ist Hüsamettin Cindoruk, Provinzchef der AP für Istanbul, der als enger Vertrauter von Demirel gilt. Zusammen mit Mehmet Gölhan aus Ankara wird er die Fäden für Demirel spinnen. Für die Öffentlichkeit war besonders eindrucksvoll, daß gleich nach der Gründung 143 Ex-Parlamentarier in die Partei eintraten. Diese Zahl ging scharf an der Grenze der Quote für Alt-Politiker, war aber ein eindeutiges Zeichen gegen das Verbot der politischen Betätigung. Die Aussage, die "Demokratie zu flicken", ist ein weiteres Indiz für die Anti-Junta-Haltung der BTP, die aufgrund ihres intakten Apparates und weitgehender Unterstützung aus den Geschäftskreisen fest im Sattel sitzt und bei einem normalen Verlauf der

Wahlen schon wie der sichere Sieger aussieht. Dies, obwohl es auf der rechten Seite nicht nur Sunalp als Konkurrenten gibt, sondern auch noch weitere Bestrebungen für Neugründungen gibt. Aber außer Turgut Özal, dem Architekten des Monetarismus in der Türkei mit seiner "VATERLANDSPARTEI" (-Anavatan Partisi) haben alle weiteren Bemühungen wenig Aussicht auf Erfolg. Vereinigungsbestrebungen der "AP" mit der BTP sind an den überhöhten Forderungen von Özal gescheitert, der sich als 3. Kraft im Parlament eine Schlüsselposition für die Regierung ausrechnet.

DIE DERZEITIGE LAGE

Juntachef Evren hat inzwischen in verschiedenen Reden deutlich gemacht, daß nicht das Verständnis der neuen Parteien, sondern der Wille der Junta bei den Wahlen entscheidend ist. Neben einer Streichung der Gründungsmitglieder hat

die Junta auch eine Auswahl der Parlamentskandidaten vorbehalten. Die ständige Drohung mit Strafen ist für die Kandidaten um einen Parlamentssitz ein klares Zeichen.

Darüberhinaus aber hat Evren auch schon damit gedroht, die Wahlen ganz auszusetzen. Dies dürfte zwar aufgrund der internationalen Verwicklungen schwierig sein, aber sollte Demirel den Poker zu hoch treiben, so werden die Generäle auch vor einem solchen Schritt nicht zurückschrecken. Die Kämpfe an der irakischen Grenze könnten ein geeigneter Vorwand für eine Verlegung der Wahlen sein, und wenn um die Entschlossenheit der Junta weiß, der kann jetzt schon sicher sein, daß sie das Heft nicht aus der Hand gibt. Auf alle Fälle aber wird das Militär am 6.11.83 nicht in die Kasernen zurückkehren, wie aufgrund der geschichtlichen Erfahrung häufig vermutet wird.

44 Todesurteile und Demokratie

Am 25. Mai 1983 ging einer der größten Massenprozesse in der Türkei zu Ende, der im April 1981 vor dem Militärgericht in Diyarbakir begonnen hatte. In dem Prozess gegen 572 Personen, die wegen Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angeklagt wurden, wurde gegen 35 Angehörige dieser Partei in Diyarbakir die Todesstrafe verhängt. Von den anfänglich geforderten 99 Todesstrafen wurden 63 ausgesprochen. Da aber 28 Personen minderjährig sind, wurden diese Todesstrafen in lebenslängliche Haftstrafen umgeändert, und 35 Personen erhielten die Todesstrafe. Den Todesurteilen in Diyarbakir folgten entsprechende Urteilsverkündungen im PKK-Verfahren in Urfa und Birecik. Somit beläuft sich die Zahl der verhängten Todesstrafen auf insgesamt 44. Unter den Verurteilten befinden sich Mitglieder des Zentralkomitees der PKK. Schon im März 1982 wurden durch ein Massaker im Militärgefängnis Diyarbakir 10 Führungsmitglieder der PKK, für die die Todesstrafe gefordert wurde, ermordet. In dieser Zeit hatten die Gefangenen mit einem Hungerstreik gegen die barbarischen Haftbedingungen im Militärgefängnis protestiert, das wegen der miserablen Haftbedingungen unter den Gefangenen der Türkei berüchtigt ist. Durch Ermorden, Foltern, Erschießen, Verbrennen und Ertränken der inhaftierten politischen Gefangenen beendeten die Streitkräfte den Widerstand. Bei dieser Operation wurden die Angeklagten, gegen die die Todesstrafe beantragt wurde, vor deren Verurteilung exekutiert. In weiteren Verfahren gegen PKK-Angehörige in verschiedenen Städten der Türkei und Türkei-Kurdistans wird gegen insgesamt 811 zur Zeit die Todesstrafe beantragt. Allein die hohe Zahl der geforderten Todesstrafen bei diesem und anderen Massenprozessen

(allein gegen die Mitglieder der Organisation Devrimci Yol werden 1.500 Todesstrafen beantragt), liegt die Vermutung nahe, daß sich ähnliche Operationen wie in Diyarbakir wiederholen werden. Die geforderten nahezu 5.000 Todesstrafen werden mit Sicherheit vollstreckt. Sei es durch Erhängen, oder aber durch Folter und Massaker in den Gefängnissen... Und von Neuem zeigt die faschistische Junta ihr wahres Gesicht: Während sie im Westen bei "befreundeten Staaten" um deren Gunst ringt, und aufzuzeigen versucht, daß die Türkei sich auf dem Wege zur "Demokratie" stabilisiert, geht das Blutvergießen im Lande weiter. Während der Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff mit den Foltergenerälen und ihren Marionettenministern über gute wirtschaftliche Beziehungen debattiert, werden just zu dieser Zeit 44 Todesurteile verkündet. Während Lambsdorff, wieder zurück in der Bundesrepublik, sagt, daß die "Wirtschaftshilfe" für die Türkei erhöht werden muß, werden von neuem 9 Todesurteile gegen die Organisation HDÖ in Istanbul verhängt.

Weitere 92 Antifaschisten warten auf die Bestätigung der Todesurteile durch die Beratende Versammlung. Abgesehen davon, daß durch solche Besuche erzielte sogenannte Abkommen allzu deutlich nicht den Völkern der Türkei zukommen, ist die makabre Tatsache, daß gerade durch westliche demokratische Staaten das faschistische Mördersystem in der Türkei mit all seinem Vorgehen legalisiert wird, von uns allen aufmerksam zu beobachten. Zwangsläufig stellt man sich dabei die Frage, mit welchem Demokratieverständnis Folter, Hinrichtungen und Massenprozesse zu vereinbaren sind. Und weiter stellt sich uns zwangsläufig die Frage, ob der Westen seine Beurteilung über Demokratie nicht überdenken müßte.



Rüstungszusammenarbeit in Nahost

Anfang Mai besuchte eine hochrangige ägyptische Militärdelegation die Türkei. Volle zwei Wochen verbrachte die Delegation, angeführt von Verteidigungsminister General Fadhi Abdulhamid in der Türkei. Es ging um eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Ägypten, wobei auch Jordanien und Saudi Arabien in die Überlegungen einbezogen sind. Als eine Form der Zusammenarbeit ist geplant, Militärs aus diesen Ländern im NATO-Land Türkei zu trainieren und zu schulen. Weiterhin soll Ägypten an die Türkei 35 Atomjäger liefern. Diese Transaktion ist von den USA gebilligt. Die USA würde an Ägypten ersatzweise moderne F-16-Maschinen liefern. Nur der Verkaufspreis ist zwischen Ägypten und der Türkei noch umstritten. (Quelle: Türkisch Daily News, 3.5.1983) Es scheint also, daß auf Betreiben der USA die Militär- und Rüstungszusammenarbeit zwischen westlich orientierten Nahost-Ländern verstärkt ausgebaut wird.

Offenbarungseid am Goldschwarzmarkt

Seit die Türkei 1980 auf Druck des IWF mit der monetaristischen Wirtschaftspolitik begann, verfolgte sie eine Politik des knappen Geldes. Nach den Vorstellungen der monetaristischen Theoretiker sollte eine Drosselung des Geldumlaufes ein Sinken der Inflationsrate mit sich bringen. Nun ist seither tatsächlich die Inflationsrate zurückgegangen, doch am Geldumlauf kann dies wohl kaum gelegen haben, wie eine Aktion des Finanzministers nunmehr ans Tageslicht förderte: Zwar ist der offizielle Geldumlauf seit 1980 real nur wenig gestiegen, aber dafür entwickelte sich ein Goldschwarzmarkt. Um diesen Goldschwarzmarkt trocken zu legen, erließ die Regierung ein Gesetz, das allen Besitzern von 'Schwarzgeld' drei Tage lang die Möglichkeit gab ihre Gelder legalisieren zu lassen. Als Anreiz für die Besitzer wurde verfügt, daß bei der Legalisierung nur ein Prozent an Steuern zu bezahlen sei. Die staatliche Ziraat-Bankasi, bei der die

Gelder einzuliefern waren, wurde beinahe überschwämmt über 270 Milliarden Lira (rund 2,5 Milliarden D-Mark) kamen zum Vorschein. Das sind über 40 Prozent der insgesamt umlaufenden Geldmenge. Eindrucksvoller läßt sich das Ausmaß des türkischen Goldschwarzmarktes kaum belegen. Doch des Finanzministers Freude über das Austrocknen des Goldschwarzmarktes dürfte nur von kurzer Dauer sein. Die Fortsetzung der Politik des knappen Geldes bringt es mit sich, das Schwarzgeld beständig neu entsteht. Pech für die monetaristischen Theoretiker, deren Schulbuchweisheiten einmal mehr widerlegt wurden.

Jedem Land seine freien Produktionszonen?

Seit die Militärs an der Macht sind, haben sie auf ökonomischem Gebiet ein Lieblingskind: die freien Produktionszonen. Bislang existieren sie nur auf dem Papier, aber gerade deshalb läßt sich stundenlang darüber schwatzen. Um was es eigentlich geht, ist kurz gesagt: Zur Zeit gibt es weltweit 55 solcher Zonen in insgesamt 30 Ländern. In diesen Ländern wird ein Stück des Landes zum 'extraterritorialen Gebiet' erklärt. Eine ausländische Firma, die in diesem Gebiet eine Fabrik aufbaut, muß wenig Steuern und keine Zölle zahlen. Auch die Lohn- und Tarifverträge des Gastlandes gelten nicht in den Zonen, so daß jeder investierende Konzern schalten und walten kann, wie er will. Das lockt das internationale Kapital an und, so argumentieren die Befürworter, schafft Arbeitsplätze, bringt know-how ins Land und auch Devisen. Weltweit sind es schon eine Million Arbeiter, die in solchen Zonen beschäftigt sind. Genaue Zahlen sind es meist Arbeiterinnen, die zu Minimallohnen und unter schlechtesten Bedingungen dort arbeiten. 1979 betrug die Tageslöhne in indischen Zonen 1,20 bis 2,00 Dollar und in Sri Lanka 0,80 bis 1,25 Dollar. Da nun der IWF schon lange ausländische Investitionen für die Türkei für dringend notwendig hält und außerdem die Arbeitslosigkeit inzwischen selbst nach offiziellen Zahlen jeden fünften Türken betrifft, läßt sich leicht ausmalen,

daß die Junta auch für die Türkei solche Zonen wünscht. Als Standort im Gespräch sind Izmir, Antalya und Yumurtalik bis Iskenderun, und auch der Hafen von Mersin wird genannt. Doch die Junta und ihre Regierung redet mehr darüber als sie tut, denn die Aussichten sind schlecht. Sicher, vor zehn Jahren strömte das Kapital in jede neue Zone wie vom Magnet angezogen. Das hat sich herumgesprochen und zusätzlich zu den vorhandenen Zonen sind derzeit in 20 Ländern 33 Zonen im Bau oder in Planung. Es werden immer mehr, obwohl die Lage des Weltmarktes sich gründlich verändert hat. Der Weltmarkt stagniert, und den Konzernen geht es nicht mehr darum, neue Fabriken zu bauen, sondern vorhandene durchzuerationalisieren. Auslandsinvestitionen sind zunehmend Rationalisierungsinvestitionen in vorhandenen Anlagen (also auch in schon vorhandenen Zonen). Dies zeigt sich auch deutlich bei den Investitionen in der Türkei, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Ländern insgesamt gering sind: So genehmigte im Januar 1983 das Büro für Auslandsinvestitionen beim staatlichen Planungsamt Investitionen in Höhe von 23 Millionen Dollar. Davon entfallen 20,7 Millionen auf Investitionen in vorhandenen Betrieben. 2,2 Millionen dienen der Kapitalaufstockung und gerade 0,1 Millionen sind Neuinvestitionen. Sich in dieser Situation einen Erfolg der freien Produktionszonen zu erhoffen, ist absurd.

Was ist aus dem Goldrausch geworden?

In der letzten Nummer berichteten wir über den raschen Anstieg der Goldpreise. Bei Redaktionsschluß hielt diese Entwicklung unvermindert an. Inzwischen hat sich das Niveau für ein Cumhuriyet-Goldstück auf ca. 24.000 Lira eingependelt und der Preis schwankt nur noch geringfügig. Doch liegt der Preis damit immer noch doppelt so hoch wie vor dem 'Goldrausch'. Dennoch stellt sich die Frage, warum die Explosion der Goldpreise zum Stillstand gekommen ist. Der Grund ist einfach: Der Staat hat eingegriffen. Bislang setzte die Zentralbank täglich den Goldpreis neu fest, und zwar anhand des Wechselkurses von Lira in Dollar. Da dieser Wechselkurs sich beständig ändert, waren Goldspekulationen von

Interesse. Nunmehr soll der Goldpreis nur einmal zu Jahresbeginn festgelegt werden und dann ein Jahr lang gelten. Als der Goldrausch auf dem Höhepunkt war, verfügte deshalb die Zentralbank, daß ab dem 13.2.1983 ein Goldpreis von 11,23 Dollar pro Gramm 24karätiges Gold gilt. Die Spekulationen waren damit unterbunden und der Goldpreis stabilisierte sich. Doch kann dies nur bedeuten, daß die Spekulationen sich nunmehr verstärkt auf Devisenspekulationen stürzen werden. Die Spekulation ist geblieben, nur das Spielzeug der Spekulanten hat sich verändert. Und einmal mehr zeigt sich, daß der monetaristische Anspruch auf einen freien Markt (auch bei Gold) sich real nicht halten läßt.



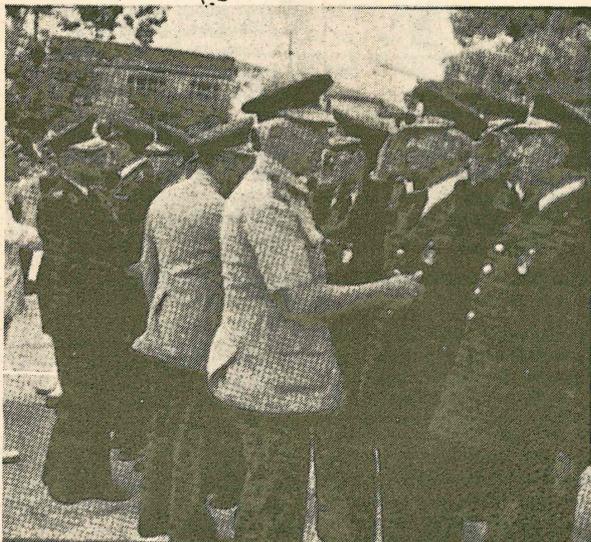
The Show Goes On Bankenkrach, Kapitel 3

Im April besuchte eine westdeutsche Wirtschaftsdelegation die Türkei und zeigte sich zutiefst beeindruckt von dem 'türkischen Wirtschaftswunder'. Bei allem Lob gab es aber auch ein bißchen Sorgen: "Die Gefahr kommt aus dem Geldbereich - von dem Bankwesen und der Verschuldung von zahlreichen Unternehmen", erklärte Rolf Geberth, Mitglied der Delegation und Chef des Türkei-Konsortiums der OECD. Und da hat er Recht, denn gerade das türkische Bankwesen ist inzwischen wackeliger als ein Pudding. Angefangen hatte alles mit dem Beschluß der Regierung Demirel, die Bankzinsen freizugeben. Gleich darauf putschten die Militärs und drückten durch Reallohnabbau die Inflation nach unten. Beides zusammen war für die Banken ein gefundenes

Fressen: Sie erhöhten die Zinsen, während die Inflation zurückging. Anfang 1981 gelang es ihnen damit zum ersten Mal seit langem, das Zinsniveau höher zu halten als die Inflation. Das bedeutet, von da an war es für Sparer wieder sinnvoll, Gelder auf die Bank zu tragen, weil sie mehr Zinsen bekamen als die Inflation an Wert aufraß. In der Folgezeit freuten sich die Banken über immer mehr Spareinlagen. Die Reingewinne der Banken stiegen 1981 um 182 Prozent (!) an. Zwar wurden durch das hohe Zinsniveau auch die Kredite teuer, aber dennoch fanden sich Kreditnehmer zu Hauf, denn die neue Wirtschaftspolitik der Militärs trieb zahlreiche Industriebetriebe in Schwierigkeiten, die diese Betriebe mit immer neuen Krediten zu überbrücken versuchten. Der Boom bei den Banken ging solange gut, wie noch zu hoffen war, daß die Betriebe ihre Kredite auch zurückzahlen würden. Aber unter der neuen Wirtschaftspolitik stehen dafür die Chancen schlecht, denn die konsequente Nachfragesenkung, die diese Politik beinhaltet, macht die Zahlungsschwierigkeiten der Betriebe zum Dauerproblem. Der erste Bankenkrach als Folge der neuen Politik war im Mai 1982 der Zusammenbruch der Kleinbankiers. Über 1 Million Sparer verloren ihre gesamten Ersparnisse. Bankenkrach Kapitel 2 war der Zusammenbruch der größten Börsenbank, der Kastellbank im Juni 1982. Schon damals zeichnete sich ab, daß durch die neue Wirtschaftspolitik das Bankensystem sehr labil ist, aber immerhin blieben damals die übrigen Großbanken von der Entwicklung noch weitgehend unberührt. Mitte März 1983 jedoch überraschte das Finanzministerium mit der Mitteilung, die Istanbul-Bank und die Hisar-Bank seien unter Staatsaufsicht gestellt worden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden ihrer Ämter entzogen und durch Staatsbeamte ersetzt. Dabei hatten diese Banken bislang keineswegs schlechter dagedastanden als andere Banken. 1981 hatte die Hisar-Bank einen Reingewinn von 114 Millionen Lira und die kleinere Istanbul-Bank brachte es auf beachtliche 32 Millionen. Wenn diese Banken nun unter Staatsaufsicht stehen, um ihren Zusammenbruch zu vermeiden, dann stellen sie nur die Spitze eines Eisberges dar. Auch die anderen Großbanken stehen vor Zahlungsschwierigkeiten. So dürfte ein Bericht 'Bankenkrach, Kapitel 4' nicht lange auf sich warten lassen.

Kurzmeldung

Gründung von Militäruniversitäten



ist, erzogen werden, die gehorsam sind, und die bereit sind, ihnen erteilte Befehle auch unter Opferung ihres Lebens und Blutes sofort auszuführen."

Vor dieser Gesetzesvorlage wurde durch den von den Militärs selbst eingesetzten Hochschulrat (YÖK) eine

Säuberungswelle an den Hochschulen durchgeführt, die Hunderte von Entlassungen sowie Rücktritten von Professoren zur Folge hatte. Jedoch scheinen die Militärs nicht davon überzeugt zu sein, daß aus diesen "sauberen" Hochschulen die benötigten Untertanen hervorgehen werden.

HOCHSCHULRAT (YÖK)

— Die Universitäten werden von linkem Lehrpersonal geräumt —

Seit August vergangenen Jahres, fast zwei Jahre nach der Machübernahme der Militärs, übt der von Generälen eingesetzte Hochschulrat (YÖK) unter Leitung des militärfeindlichen Professors Ihsan Dogramaci die Kontrolle über sämtliche höheren Schulen aus. Seither wurden über 200 linke Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen, 22 Professoren und 8 Dozenten waren es allein im Februar.

Die Autonomie der türkischen Universitäten ist seit dem Wirken des Hochschulrats dahin. Trotz der Versuche von Prof. Dogramaci, den Hochschulrat reinzuwaschen "Es tut mir leid, die Entlassungen hat die Kriegsverwaltung ausgeführt, wir haben nichts damit zu tun", weiß man, daß der Hochschulrat hinter den Rausschmissen und dem mittlerweile offenkundigen Ziel steht, progressives Gedankengut an den Hochschulen auszumerzen, diese überhaupt zu entpolitisieren. Nach der neuen Verfassung dürfen sich Professoren wie Studenten politisch nicht engagieren, keiner Partei angehören.

Die Generäle sehen diese Entwicklung an den türkischen Hochschulen sehr positiv. Anlässlich eines Abstechers während der Wintermanöver namens "General Kurtcebe-Noyan", Mitte Februar, zur Atatürk-Universität in der ostanatolischen Stadt Erzurum meinte General Evren, militärelle Ehrenprofessor aller Hochschulen in der Türkei:

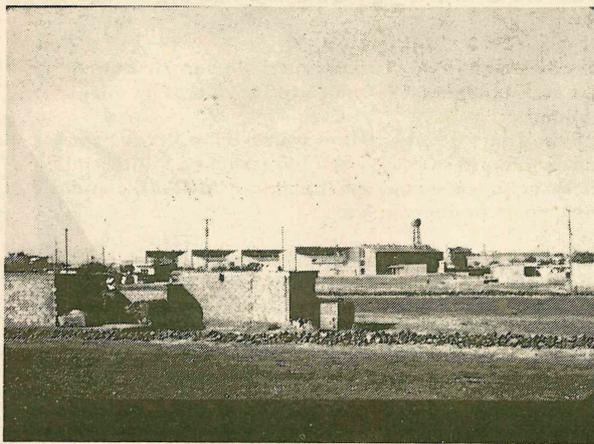
"Wir dürfen nicht vergessen, daß wir den uns anvertrauten Kindern nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln sollen, sondern wir müssen gleichzeitig für das Vaterland und unsere Nation gute Kinder erziehen".



In den vergangenen Tagen wurde der Beratenden Versammlung ein Gesetzesvorschlag zur Gründung von Universitäten und Hochschulen, die der Armee unterstehen, vorgelegt. Die Leitung dieser Universitäten soll der Obersten Heeresführung unterstehen. Diese wird die Richtlinien bezüglich der Organisation dieser Schulen festlegen. Das Ziel der Ausbildung von Studenten in diesen Hochschulen soll sein: "Die Heranbildung von Menschen, die die nationalen, sittlichen, menschlichen, moralischen und kulturellen Werte des türkischen Volkes tragen, die mit der Disziplin, die Grundlage des Soldatentums

Bericht über meine Beobachtungen im Militärgefängnis und vor dem Militärgericht von Diyarbakir/Türkei

Ralph-Raymond Braun war am 10. Juni 1982 in Tatvan (Van - See) verhaftet worden, weil er als Führer einer deutschen Touristengruppe 'das Türkentum beleidigt' haben sollte. Er verbrachte 6 Monate im Militärgefängnis Diyarbakir und hat einen Bericht über seine Beobachtungen, seine Gespräche mit dem Wachpersonal, Informationen, die er von anderen Gefangenen erhielt, angefertigt. Er betont ausdrücklich, daß er selbst wohl geschlagen, aber ausgesprochen "atypisch" behandelt worden sei. Er habe keinen Anlaß zu zweifeln an den Berichten über Prozeßbeobachtungen des Republikanischen Anwaltsvereines, der Internationalen Menschenrechtskommission u.a.m. Wir veröffentlichen diesen Bericht in Auszügen. Der vollständige Text kann gegen einen Unkostenbeitrag bei der Alternativen Türkeihilfe (Postfach 7088, 4900 Herford) bestellt werden.



DAS GERICHTSVERFAHREN I. DAS MILITÄRGERICHT

1. Transport zum Gericht
Die Gefangenen werden am Morgen vor dem Gerichtstermin gegen 6.30 Uhr aus den Zellen geholt. (...) Bis gegen 8.00 Uhr müssen sie auf dem Hauptkorridor des Militärgefängnisses exerzieren. (...) Den Gefangenen ist untersagt, jedwede Dinge mit auf das Gericht zu nehmen. Bekleidet mit Einheitskleidung werden den Gefangenen mit Handschellen die Hände auf dem Rücken gebunden. Der Transport erfolgt mit einem Lastwagen (4x2x2m), wo vierzig Personen hineingepackt werden. Während des Transportes müssen die Gefangenen die Augen schließen, dürfen nicht miteinander reden und werden zusammengeschlagen. (...) Das Gerichtsgebäude liegt auf dem Gelände der Kommandantur, etwa 5 km vom Gericht entfernt. (...) Der Transport der Gefangenen erfolgt unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Mit Marschkommando werden die Gefangenen ausgeladen. Im Gerichtssaal sitzen die Gefangenen auf Bänken mit gesenktem Kopf und Blick und die Hände ausgestreckt auf den Oberschenkeln. (...) Bei Verfahren mit nur wenigen Beteiligten werden die Gefangenen in eine Zelle (1,5 x 2,5 m) gebracht, wo sie stehend der Verhandlung beiwohnen können. Während des Aufenthaltes im Gerichtsgebäude sind Toilettenbenutzung, Wassertrinken und Essen verboten. (...)

2. Das Verfahren
Das Militärgericht besteht aus zwei Militärrichtern und einem juristisch ungebildeten Offizier, der den Vorsitz führt und für die Disziplin während der Verhandlung sorgt. (...) Diese Offiziere werden von der Kommandantur ausgewählt und für einen gewissen Zeitraum (...) von ihrem normalen Dienst beurlaubt. (...) Einer der beiden Militärrichter ist der Verhandlungsführer, der andere Beisitzer. Die Militärrichter können im Ausnahmezustand jederzeit an ein anderes Militärgericht versetzt werden (Gesetz 357, Art. 16). (...) Da es nicht genügend Militärrichter gibt, wurden mit Beginn des Ausnahmezustandes dem Kriegrechtskommandanten geeignet erscheinende Zivilrichter als Militärrichter auf Zeit kopiert. Diese Richter sind in der Regel die verhandlungsführenden Richter. Zu verschiedenen Terminen eines Verfahrens erscheinen häufig verschiedene Richter. (...) Das Protokoll der vorausgegangenen Termine wird bei Umbesetzungen nicht vorgelesen. (Art. 131 Mil GG). (...) Theoretisch hat jeder Angeklagte das Recht auf einen Verteidiger. (...)

Praktisch
- gibf es in Diyarbakir keine Verteidiger mehr, die zu einer ernsthaften Verteidigung in politischen Prozessen bereit wären.
- hat der Gefangene keine Möglichkeiten, aus dem Gefängnis heraus einen Verteidiger zu bestellen, nachdem er weder Briefe schreiben noch bei

Besuchen über das Verfahren betreffende Dinge sprechen darf. (...) Kontakte zwischen Verteidiger und Inhaftiertem können nur im Gefängnis stattfinden. Dort ist zweimal in der Woche Besuchstermin für Anwälte. (...) Bei diesen "Gesprächen" sind Anwalt und Häftling durch ein doppeltes Gitter voneinander getrennt, und stehen unter der Bewachung der Wachposten, die das Gespräch verfolgen können. Das Gespräch ist auf 5 Minuten (...) begrenzt, und darf nicht auf kurdisch oder arabisch geführt werden. Ferner dürfen nicht Themen behandelt werden, die die Lage des Gefängnisses beinhalten. (...) Das Protokoll wird von einem Zivilbeamten in die Schreibmaschine aufgenommen. (...) Das Protokoll ist kein Wortprotokoll, sondern der Richter diktiert nach jedem Verhandlungsschnitt eine Zusammenfassung. (...) Angeklagte und Anwälte haben keinen Einfluß auf das Protokoll. Klagen über Folter, erforderte Aussagen nimmt das Gericht nicht an, sondern verweist an die Kommandantur als Beschwerdeinstanz, an die der Häftling sich natürlich nicht wenden kann. Lehnt der Angeschuldigte eine Aussage ab, erfolgt ab, steht im Protokoll "Angeklagter bestreitet, die Aussage gemacht zu haben." (...)

Eine ununterbrochene Hauptverhandlung in unserem Sinne findet vor dem Militärgericht in Diyarbakir nicht statt. Zwischen zwei Verhandlungsterminen liegen meistens vier, manchmal zwei Wochen. (Art. 18 k, Ausnahmezustandsgesetz). (...) In Gruppenprozessen ist die Abwesenheit eines Angeklagten kein Grund, die Verhandlung zu verschieben. Wird der Beschuldigte zu einem späteren Termin wieder vor Gericht geführt, wird weder das Protokoll der versäumten Sitzung vorgelesen, noch er sonstwie mit deren Geschehen vertraut gemacht. (...)

II. HAFTBEDINGUNGEN IM "DIYARBAKIR ÖZEL ASKERI CEZAEVI"

1. Frauenabteilung
Die Frauenabteilung lag meiner Zelle genau gegenüber. Deshalb bin ich über die Verhältnisse hier etwas besser informiert als bei den Männern. Die Zahl der weiblichen Häftlinge betrug im August 1982 37, im Januar 1983 52. Die Jüngste war 13, die Älteste über 70. Auch gab es drei Säuglinge/Kleinkinder. Die Frauen waren in zwei übereinander liegenden Zellen untergebracht. Die obere Zelle enthielt Wohn- und Schlafraum, eine Toilette und Wasseranschlüsse. Die untere war innen wiederum in kleine vergitterte Zellen unterteilt. Der Zutritt zur Frauenabteilung ist nur einem Wächter, einem Hauptgefreiten und den Offizieren möglich. Neueingelieferte Frauen kommen zunächst in die untere Zelle, die bis auf einen Vormittag in der Woche geschlossen ist. Die Frauen dort werden nahezu täglich und grundlos geschlagen, haben den Soldaten in militärischer Haltung und mit entsprechendem Zeremoniell zu begegnen. (...) Die Frauen müssen werktags zwischen vier und sechs Stun-

den täglich Märsche und patriotische Lieder singen sowie Atatürk-Texte auswendig lernen oder vorlesen. Einmal wöchentlich marschieren sie 1 - 1,5 Stunden im Marschtritt nach dem Takt des Soldaten im Hof. (...) Die Frauen werden mit der Hand auf die Wangen, Unterkiefer, Stirn und Ohren geschlagen; mit dem Gummiknüppel oder Holzprügel auf Gesäß, Fußsohlen und Innenseiten der Hände. (...) Die Frauen waren sämtlich wegen politischer Anschuldigungen (168,169 171,142.3 usw.TCK) in Haft. Die konkreten Anschuldigungen gingen über das Verteilen von Flugblättern u.ä. nicht hinaus. Einige waren quasi in Geiselschaft, da ihre Männer oder Söhne flüchtig waren. Sie wurden deren Unterstützung beschuldigt. Die Frauen waren im längsten Fall über drei Jahre, in der Regel zwischen zwei und drei Jahren in Haft. **2. Männerabteilung**
Im Gefängnis befinden sich zwischen 2.000 und 3.500 männliche Gefangene. Sie werden zunächst in Isolierzellen eingewiesen, können bei guter Führung später in eine Gemeinschaftszelle kommen. (...) Die Zellen sind für 35 bis 40 Leute gebaut, einige aber mit bis zu 60 Leuten gefüllt. In diesem Fall müssen sich mehrere Gefangene ein Bett teilen. Ein Schlafraum, ein Wohnraum, eine Toilette und ein Wasseranschluß. Heißes Wasser gibt es nicht. Rausschauen aus dem Fenster ist verboten. (...) Die Zellen sind dekoriert: Eine Atatürk - Ecke (etwa in Form eines Hausaltars), an den Wänden patriotische Parolen. (...)

(...) Vormittags und nachmittags (insgesamt acht Stunden) findet "Erziehung" statt: Stundenlanges Singen von Märschen und patriotischen Liedern in Hab-Acht-Stellung oder verbunden mit Marschieren auf der Zelle bzw. auf der Stelle; Liegestütze; Aufstehen - Setzen - Kommandos; gelegentlich Kriechen auf dem Hof (...). Die Gefangenen werden häufig, in den Isolierzellen täglich geschlagen. Bei der Einlieferung gibt es zunächst Schläge durch den diensthabenden Offizier, dann eine Art Spießrutenlauf. Es gab im Gefängnis keinen Tag, an dem ich nicht Schläge und Schmerzschreie gehört hätte. Manchmal wird ein Anlaß gesucht: Knie beim Marschieren nicht hoch genug gezogen, Stimme beim Singen oder bei der Meldung zu leise usw. Die Schläge sind mit der Hand, Stiefel, Ellbogen, Gummiknüppel, Holzprügel, auf Gesicht, Gesäß, Fußsohlen, Oberkörper und Kopf. In einem beobachteten Fall hörten die Schläge erst auf, als der Gefangene das Bewußtsein verlor. (...) Alte und Kranke sind vom Marschieren nicht ausgenommen. (...) Der Gefangene darf nur zu bestimmten Zeiten mit seinen Mitgefangenen im Flüsterton in türkischer Sprache sprechen. (...) Die im Sommer mit nacktem Oberkörper im Hof marschierenden Gefangenen waren größtenteils abgemagert und hatten tiefe Augenhöhlen. Einige hatten am Oberkörper

Narben. Einige der während des Gerichtstransportes näher beobachteten Gefangenen hatten frisch verheilende Platzwunden im Gesicht. Bei den Gerichtstransporten waren stets einige Gefangene, die zu einem besonderen Fahrzeug gebracht wurden, da sie nicht mehr stehen und sich von der Hüfte an abwärts nicht mehr bewegen konnten. In den mir gegenüberliegenden Zellen gab es einige Gefangene, die offensichtlich den Verstand derart verloren hatten, daß sie des öfteren in anfallartige Schreikrämpfe ausbrachen. Im Krankenhaus beobachtete ich einen 15-jährigen Gefangenen, dessen Kiefer gebrochen war. (...) Im Krankenhaus gibt es etwa 40 Betten in einer Abteilung im Keller, die für Gefangene eingerichtet ist. (...) Das den Gefangenen verabreichte Essen ist von miserabelster Qualität und wird in der Spitalsküche gesondert zubereitet. (...) Es war mir im Krankenhaus möglich, mit einem Militärarzt unkontrollierte kurze Gespräche in englischer Sprache zu führen. Nach Aussagen des Arztes werden die Gefangenen meist in lebensbedrohlichem Zustand eingeliefert. Unabhängig vom konkreten Einlieferungsgrund habe er aus dem Allgemeinzustand der Eingelieferten den Eindruck gewonnen, daß die Gefangenen im Gefängnis übermenschlichen physischen und psychischen Anstrengungen ausgesetzt seien, verbunden mit einer daran gemessenen unzureichenden Ernährung. Über die Behandlung von

Folterfolgen bzw. deren Art wollte er nicht sprechen. (...) Während meiner Inhaftierung besuchten dreimal Offiziere im Generalsrang das Gefängnis, darunter der Oberbefehlshaber der Südosttürkei und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. An diesen Tagen wurde angemessen geheizt, während der Besuche gab es keine Schläge. Eine Frau, die eine Beschwerde vorbringen wollte, wurde erst danach umso mehr geschlagen. (...)

An den Schlägen, den ständigen verbalen Beleidigungen, daran, daß Menschen nicht als Menschen behandelt werden, sondern derart, daß hierzulande selbst der Tierschutzverein auf die Barrikaden steigen würde, hat sich nichts geändert. Zwar ist mir die genaue Zahl der im Gefängnis oder an den Haftfolgen später Gestorbenen unbekannt, aber ich bin der Überzeugung, daß nur Menschen mit außerordentlich guter physischer und psychischer Konstitution diese Haftbedingungen über längere Zeit hin ohne bleibende Schäden überleben können. Auch entzieht sich das durch das Zusammenwirken der oben geschilderten Einzelheiten entstehende Inferno, die Unterdrückung jeder menschlichen Regung bis hin zum Zwang, nur alle zwei Tage für eine Minute ein WC benutzen zu dürfen, die Schreie der Geschlagenen und die Monotonie der über Stunden wiederholten Marschgesänge sowieso der sprachlichen Darstellung.

DER MAULWURF

MUSTAFA

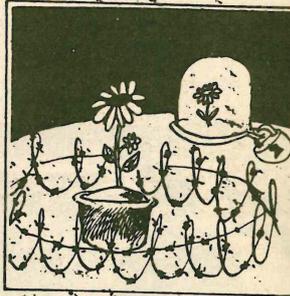
Mustafa war erst elf Jahre alt, als er im Militärgefängnis von Diyarbakir ans Kreuz gefesselt und gefoltert wurde. Der Schlagstock, mit dem die Folterknechte ihn traktierten, trug die Inschrift "Haydar, der Erbarmungslose". Darunter stand "Made in Germany". Da die Folterknechte Mustafa zu lange am Kreuz hängen ließen, waren ihm, als er abgehängt wurde, die Arme ausgerenkt. Da ihn kein Arzt besuchen durfte, wuchsen ihm die Arme falsch an. Mit seinen weit hinten angewachsenen Armen sah Mustafa einem flügel-schlagenden Vogel ähnlich. Nach einem Augenzeugenbericht von Serafettin Kaya

So weit ist es also mit uns gekommen, so weit haben wir es gebraucht: Vergebung und Barmherzigkeit wollte uns der Gekreuzigte lehren; heute sind wir der Kreuziger der erbarmungslose Schlagstock in der Hand

Die Vergebung wollen wir auslöschen in Stadt und Land.

Mustafa, mein kleiner Mustafa, so wie du da stehst, als wollest du gleich davonfliegen, ist mir zumute, als täte sich die Erde auf, und ich müßte darin verschwinden, so groß ist meine Scham, so großes Unrecht haben wir getan.

Halil



FREGATTENGESCHÄFT MIT DER BRD

Nach Informationen in der türkischen und deutschen Presse will die türkische Marine vier MEKO-Fregatten vom Typ 200 kaufen. Zwei der Schiffe sollen bei Blohm & Voß und HDW, und zwei weitere auf türkischen Werften mit deutscher Hilfe gebaut werden.

Das Projekt soll mit einem US-Kredit in Höhe von 800 Mill. Dollar finanziert werden. Die BRD trägt dazu mit 600 Mill. DM bei. Auch die niederländische Regierung ist "eingeladen", bei der Finanzierung mitzuwirken, zumal die Schiffe mit holländischen Feuerleit- und Gefechtsinformationsgeräten bestückt werden sollen. Zur Zeit weigert sich nur noch die Hamburger Landesregierung, die Arbeitsplatzbeschaffung durch Kriegsschiffbau mit 300 Mill. DM zu unterstützen.

"Man soll mich zertreten wie einen Maulwurf.

Wenn ich nicht wühl, wenn du nicht wühlst, wenn wir alle nicht wühlen, wie wird je aus Dunkel Licht?..."
Die Erde ist schwanger. Zum Bersten schwanger. Ich wühl, ich wühl, ich wühl. Es ist das Bersten der Erde, was ich fühll...

(Geschrieben in Anlehnung an Nazim Hikmets "Kerem gibi")

GELENKTE DEMOKRATIE DER MILITÄRS

Die historische Bedeutung des 12. September

Der 'kranke Mann am Bosphorus' ist ein von Krisen geschütteltes Land, in dem es notwendig scheint, daß das Militär in gewissen Abständen den Staat einmal wieder in seine starke Hand nimmt, den Politikern ins Gewissen redet, um dann nach spätestens 10 Jahren feststellen zu müssen, daß auch die letzte 'Gardinenpredigt' nichts gefuchtet hat. Hatte der Putsch von 1960 noch im wesentlichen die Demokratische Partei und ihren Führer Menderes aufs Korn genommen, so war es am 12. März 1971 das gesamte Parlament, das hier auf Vordermann gebracht werden sollte.

Gleichzeitig hatte man damals schon die erstarkte linke Bewegung in der Türkei bekämpft, die mit ihren militanten Flügeln eine empfindliche Niederlage einstecken mußte. Die sozialistische Bewegung wurde mit der faschistischen Periode des 12. März praktisch zerschlagen.

Daß die Linke dennoch innerhalb kürzester Zeit wieder mächtig werden konnte, lag nicht zuletzt daran, daß es den Militärs nicht gelungen war, eine grundsätzliche Neuordnung in der Gesellschaft durchzusetzen. Dies war im Grunde genommen auch nicht ihre Absicht gewesen, denn noch hoffte das Kapital, daß es mit Bündnissen der verschiedenen Kreise eine regierungsfähige Mehrheit im Lande schaffen könne.

DER PUTSCH VOM 12. SEPTEMBER - EIN RESULTAT DER GESAMTNATIONALEN KRISE

Die Türkei, die in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht fest in die westliche Allianz eingebunden und durch die verschiedenen Hilfen auch total vom Ausland abhängig ist, sollte nach dem Willen ihrer US-Ratgeber möglichst rasch auf einen Weg zum Kapitalismus gesetzt werden. Der Marshall Dollar für dieses Vorhaben freigesetzt. Dennoch verlief die Kapitalisierung nicht so schnell wie erhofft.

Mit anderen Worten gewann die Bourgeoisie in der Türkei weder in den 60er noch in den 70er Jahren eine eindeutige Oberhand, so daß sie jedes Mal zu Koalitionen mit anderen Fraktionen gezwungen war. Das aus dem Westen importierte Demokratiemodell mit einer pluralistischen Mehrparteiensherrschaft führte demnach in der Türkei stets präsent, selbst wenn es manchmal über einige Jahre eine stabile Regierung gab, die aber jede für sich genommen, keine langfristigen Perspektiven entwickeln konnten.

Türkei wieder den Namen des 'kranken Mannes am Bosphorus' einbrachte.

Um die gesamt-nationale Krise komplett zu machen, war aber auch im Überbau ein ständiger Riß in der Gesellschaft zu verzeichnen. Es gab keine Motive wie Entwicklung, Fortschritt, Wirtschaftswachstum etc., die es vermocht hätten, die Bevölkerung in das System zu binden. Im Gegenteil begann ein tiefes Mißtrauen gegen den Staat um sich zu greifen, der nicht in der Lage war, die dringendsten Probleme zu lösen.

Eine instabile Türkei aber war eine direkte Bedrohung der Interessen des Westens, die dem NATO-Partner an der Südostflanke große Aufgaben zukommen lassen wollte, insbesondere, nachdem der Iran als Partner verloren war und Afghanistan von sowjetischen Truppen besetzt wurde. In den 70er Jahren zeigten sich diese Probleme besonders deutlich, so daß nun von den Experten ein Konzept entwickelt werden mußte, um diese im Schwellenland Türkei zu überwinden.

FÜR DIE KAPITALINTERESSEN WAREN DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN ABGEWIRTSCHAFTET

Wie in den meisten westlichen Demokratien wurde auch in der Türkei die Politik der letzten 20 Jahre im wesentlichen durch zwei Parteien betrieben, die jede auf ihre Weise im Interesse des Kapitals aktiv waren. Nicht selten sind die Republikanische Volkspartei (CHP) mit europäischem Demokratieverständnis und die Gerechtigkeitspartei mit ihrem starken Anhang unter Großkapital und Großgrundbesitz mit der US-amerikanischen Interessensvertretung vergleichbar worden.

Dieser Vergleich stimmt jedoch nur zu einem Teil, da es einen Widerspruch zwischen den amerikanischen und europäischen Interessen in der Türkei nicht gibt. Die Gerechtigkeitspartei unter dem in den USA ausgebildeten Süleyman Demirel verfügt im Gegensatz zu CHP auch heute noch über eine intakte innerparteiliche Struktur und bemüht sich, den Militärs das eine oder andere Zugeständnis abzugewinnen. Wie schon 1971 war es auch 1980 wieder Süleyman Demirel, der als Ministerpräsident abgesetzt wurde. Es ist aber sicher nicht ganz richtig, wenn man seine Amtszeit von Ende 1979 bis September 1980 nur als Vorbereitung des Putsches sehen will. Die AP hatte die Polarisierung der Gesellschaft in rechts und links mit seinen quasi bürgerkriegsähnlichen Zu-

Der 3. Putsch in der Türkei innerhalb von 20 Jahren hat sich im Jahre 1980 mit großem Gerassel angekündigt.

Schon am Ende des Jahres warnten die Militärs vor einem Eingriff, wenn es den bürgerlichen Politikern nicht gelingen sollte, die Engpässe in Politik und Wirtschaft zu überwinden.

Der Putsch vom 12.9.1980 unterscheidet sich aber qualitativ von der vorhergehenden. Während 1960 und 1971 bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Lebens 'bereinigt' werden sollten, wurde mit dem letzten Umsturz ein gesellschaftlicher Neuordnungsprozeß eingeleitet, der immer noch nicht abgeschlossen ist.

VERFASSUNG

Punkt 1: General Kenan Evren ließ sich mit der Verfassung für die nächsten 7 Jahre als Staatspräsident wählen. Seine Kompetenzen (Art. 104 d. Verf.):

- Ernennung des Ministerpräsidenten (auch außerhalb des Parlaments)
- Vorsitz des Kabinetts bei Ausrufung des Ausnahmezustandes
- Auflösung des Parlaments (Neuwahlen)
- Ernennung des Generalstaatschefs
- Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates
- Ernennung des Staatskontrollrates und seines Präsidenten
- Wahl der Mitglieder des Hochschulrates
- Wahl der Rektoren
- Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtes

1/4 der Mitglieder des Revisionsgerichtes des Generalstaatsanwaltes und seines Stellvertreters der Mitglieder des Mil. Revisionsgerichtes

der Mitglieder des Obersten Mil. Ver.gerichtes der Mitglieder des Hohen Richters und Staatsanwalterates.

Punkt 2: Die übrigen 4 Generäle der Junta bilden für 7 Jahre einen Staatspräsidentenrat

Punkt 3: Grundrechte und -freiheiten sind erheblich eingeschränkt.

- Dazu gehören:
- erlaubter Todesschuß (Art. 17)
 - Pressefreiheit (Art. 28)
 - Organisationsfreiheit (Art. 33)
 - Versammlungsfreiheit (Art. 34)

Punkt 4: Staatskontrolle verschärft im Einzelnen:

- Gewerkschaften sind in Tätigkeit stark eingeschränkt und dürfen keine Solidarität üben oder dulden (Art. 51 und 52)

- Parteien werden nur nach Wohlgefallen zugelassen (Art. 68/69)

- Der Staatskontrollrat übernimmt als Organ des Staatspräsidenten die Kontrolle von öffentl. Einrichtungen, Gewerkschaften, Stiftungen u. dergl. (Art. 108)

PARTEIENGESETZ

Unabhängig von der endgültigen Version des Parteiengesetzes, das von dem NSR verabschiedet werden muß, sind durch die Verfassung folgende Auflagen gemacht worden (Art. 68 und 69):

1. Keine Verbindungen zum Ausland aufnehmen, keine Frauen- und Jugendabteilungen gründen
2. Keine Zusammenarbeit mit Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen, Genossenschaften und Berufsverbänden
3. Mitglieder müssen 21 Jahre alt sein
4. Beamte, Studenten, Hochschulbedienstete, Armeeingehörige, Richter u. Staatsanwälte dürfen nicht Mitglied in einer Partei werden
5. Der Generalstaatsanwalt kann die Zulassung einer Partei in den ersten 30 Tagen verweigern
6. Überwachung der Aktivitäten durch Verfassungsgericht
7. Verbot der Parteien vor Verfassungsgericht ohne Verhandlung
8. Alte Parteien und Politiker sind von pol. Aktivitäten ausgeschlossen

Bevölkerung zu beschwichtigen. Ihr war es nicht gelungen, ein Programm der sozialen Reformen durchzusetzen, nicht zuletzt weil der Partner in der Regierungsverantwortung (die MSP) hier andere Interessen vertrat. Da sich ein Großteil der Linken in der Türkei an der CHP orientierte und die CHP auf dem Wege zum Sozialismus als Bündnispartner ansah, war ihre Haltung gegen die Angriffe der zivilen Faschisten verheerend.

Obwohl auch viele Parteimitglieder dem faschistischen Terror zum Opfer fielen, propagierte die CHP Stillhalten, um nicht weitere Angriffe zu provozieren und vertraute gleichzeitig auf den starken Staat, den sie zuletzt durch eine große Koalition mit der AP zu erreichen suchte. Sie wollte die Polarisierung der Gesellschaft rückgängig machen und appellierte hilflos an den gesunden Menschenverstand. Damit spielte sie für den Henker in Form der MHP den Priester nach den Morden, indem sie die Opfer und ihre Angehörigen mit besseren Tagen verträuselte.

Ende der 70er Jahre wurde aber klar, daß auch die CHP nicht mehr in der Lage war, die arbeitende Bevölkerung in das System zu integrieren. Damit verlor sie für die Kapitalkreise ihre Bedeutung.

Die faschistische MHP unter dem Oberst Alparslan Türkeş wiederum sollte mit dem Militärputsch vom 12.09.80 ihre geschichtliche Rolle ausgespielt haben. In den gesellschaftlichen Wirren der 70er Jahre hatte sie versucht, mit den von der Kapitalisierung betroffenen Kleinbesitzern aus der Landwirtschaft, den verarmenden Schichten an den Rändern der Großstädte, dem Lumpenproletariat und anderen marginalen Kreisen eine faschistische Bewegung aufzubauen. Ihre in verschiedenen Lagern ausgebildeten Kämpfer brachten es schon bald im Verein mit den amerikanischen geschulten Profis der Konterguerilla fertig, Angst und Schrecken im Lande zu verbreiten. Die MHP strebte von Anfang an einen militärischen Eingriff an, und mit dem Massaker von Kahramanmaraş gelang es ihr 1978 den Ausnahmezustand im Lande verkünden zu lassen. Während die Parlamentarier der MHP immer wieder ihre Sympathie für einen Militärputsch bekundeten und auch offen das Militär zum Eingriff aufforderten, ließen die faschistischen Kommandos den Terror im Lande auf zuletzt 20 Tote pro Tag eskalieren.

Trotzdem aber wurde die MHP nach dem Putsch nicht an die Macht beteiligt. Die Prozesse gegen Anhänger der MHP oder ihrer Jugendorganisation, den sogenannten 'Idealisten', haben auch mehr als nur Scheincharakter, obwohl die Militärs sicherlich keine Abrechnung mit dem faschistischen Terror betreiben. Aber sie haben deutlich gemacht, daß sie eine Unterstützung seitens der Zivilfaschisten nicht brauchen und daß sie auch diese Streubung von der neuen Entwicklung ausgeschlossen haben.

ES GIBT KEINE BÜRGERLICHE ALTERNATIVE ZUR JUNTA

In einem lang vorbereiteten Plan übernahmen die NATO-Generäle dann just zu einer Zeit, in der mehrere große Streiks auf der Tagesordnung standen, die Macht. Indem sie sich gegen alle parlamentarische Gruppierungen im Parlament wandten, schufen sie gleichzeitig eine Grundlage für die Unterstützung durch die Bevölkerung. Das Parlament war in seiner Aktionsfähigkeit längst gelähmt und die Politiker hatten den Eindruck hilfloser Handlanger hinterlassen, von denen jeder nur zu seinem persönlichen Vorteil arbeitete. Die Junta übernahm zwar das Wirtschaftsprogramm der AP (vom IWF diktiert) und benutzte auch viele Parolen der CHP als ideologische Rechtfertigung, sie ließ aber von Anfang an keinen Zweifel daran, daß in der Zukunft nicht wieder mit den alten Ver-



Auf der anderen Seite brachten die hohe Auslandsverschuldung (die Türkei mußte seit 1959 fünf Mal umschulden), eine katastrophale Zahlungsbilanz, permanente Arbeitslosigkeit und mangelnde Ausnutzung der Produktivität eine hohe Inflationsrate und ständige Abwertungen des türkischen Pfund mit sich. Die wirtschaftliche Krise war es eigentlich, die der

ständen akzeptiert und versuchte, die militante Rechte, die in der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) organisiert war, hinter sich zu bringen. Als Ausweg aus der Krise glaubte die AP-Fraktion daran, die Auseinandersetzungen durch eine Zusammenarbeit der Militärs mit der zivilen Regierung lösen zu können. Schon im Februar 1980 hatte Demirel

in Paris/Izmir das Militär in die besetzten Betriebe einmarschieren lassen, um zu zeigen, daß die erstarkte Arbeiterbewegung von ihm und den loyalen Militärs aufs Schärfste bekämpft werden würde. Auch in der Folgezeit versuchte Demirel immer wieder das Militär als Feuerwehr gegen die antifaschistische Bewegung einzusetzen. Während er es auf der einen Seite duldete, daß die noch immer recht kleine MHP ihre Anhänger in einflußreiche Positionen beförderte, meinte er mit einer Vernichtung des antifaschistischen Widerstandes wieder Stabilität einkehren lassen zu können. Das Militär marschierte schließlich am 10.07.1980 in das selbstverwal-

tete Fatsa ein und zeigte damit, wer für sie der eigentliche Gegner war. Dennoch ging Demirels Rechnung nicht auf. Das Militär wollte sich nicht vor einen zivilen Karren spannen lassen und sah auch genau, daß auf parlamentarischem Wege eine Durchsetzung der arbeitereindlichen Wirtschaftspolitik des Internationalen Währungsfonds nicht möglich war. Demirel selber brachte durch entsprechende Manöver die politische Bühne in die Sackgasse (Wahl des Staatspräsidenten). Damit lieferte er den Militärs einen weiteren Grund für den Eingriff. Die CHP auf der anderen Seite hatte seit 1973 die Aufgabe, die arbeitende

treten des Kapitals gerechnet werde. Obwohl der Ausschluss alter Politiker im Ausland zu ernsthaften Protesten geführt hat, ist der propagandistische Effekt der Ausschaltung unfähiger Politiker für die Junta größer. Außerdem ist die Verflechtung der AP und CHP'ler mit bestimmten Kapitalgruppen ein weiterer Grund, um neue Kräfte an die Macht zu hieven.

Daß es dieses Mal eine grundsätzliche Neuordnung der Gesellschaft sein soll, haben die Militärs vielfach bekundet. General Evren als Chef der Junta hat sowohl bei seiner Rede nach dem

Putsch als auch zu verschiedenen Anlässen seiner Propagandatoreen im Lande immer wieder betont, daß man die Macht nicht eher abgeben will, bevor nicht solche Verhältnisse geschaffen worden sind, die einen erneuten Eingriff des Militärs überflüssig machen.

Sowohl in der Grundlage dieses Systems, der Verfassung, als auch in den darauf folgenden Gesetzen, wie Parteien- und Wahlgesetz ist klar zu erkennen, daß es für das alte Demokratieverständnis keinen Platz mehr gibt. Nicht nur, daß die ehemaligen Politiker für 5 bzw. 10 Jahre von der politischen Bühne verbannt wurden, die neuen Parteien dürfen weder im Namen noch im Inhalt an die alten Parteien erinnern und auch die Zahl der Mitglieder aus alten Parteien ist beschränkt worden. Obwohl derzeit noch nicht klar ist, wer die Positionen der erfahrenen 'Haudegen' aus AP und CHP einnehmen soll, ist sicher, daß es neue Gestalten werden, die die Junta unterdessen aufbauen kann. Denn nach der Abstimmung über die Verfassung hat sich Juntachef Evren erst einmal für weitere 7 Jahre die Macht gesichert.

DIE LINKE WAR FÜR DEN PUTSCH MITVERANTWORTLICH

Die in dogmatische Streitereien verwickelte Linke war in den letzten 9 Monaten vor dem Putsch nicht in der Lage, eine Strategie gegen den neuen Gegner zu entwickeln, obwohl die Junta sich lauthals angekündigt hatte (Warnbrief Ende 1979). Rivalitäten und Kämpfe untereinander hatten nicht nur verhindert, daß die Bevölkerung Vertrauen in den antifaschistischen Widerstand fassen konnte; momentane Erfolge gegen die Zivilfaschisten waren vielen Gruppen mehr wert, als durch ein aktives Vorbild der angestrebten sozialistischen Ordnung der Bevölkerung eine Alternative zur bestehenden Ordnung aufzuzeigen.

Ende der 60er Jahre hatte sich die sozialistische Bewegung zwar von einem reformerischen Kurs befreien können und war in den 70er Jahren im Begriff auch die Machtfrage zu stellen, aber die Massenunterstützung bei Streiks und Demonstrationen war nicht auf einer gezielten Basisarbeit aufgebaut, sondern hatte häufig lediglich den Hintergrund, daß die Masse von den Gruppen als 'Schafherde' zu den Aktionen geschleppt wurde, ohne damit ein größeres Engagement zu verbinden.

Darüber hinaus waren manche effektive Aktionen (Schließung der Läden des Einzelhandels, Zwang zum Beamtenprotest) nicht dazu geeignet, die Mittelschichten für die eigene Sache zu gewinnen, beziehungsweise sie im antifaschistischen Kampf wenigstens zu neutralisieren. Der weitaus negativste Aspekt dieser Aktionen aber war, daß die Grenze zwischen faschistischen und 'linken' Aktionen vollständig verwischt wurde. Das Gerücht vom 'Terror von links und rechts' wurde daher von breiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und die Junta hatte sogleich die Bevölkerung hinter sich gebracht, als sie ihre Erfolgswahlen bei der Bekämpfung von 'Anarchie und Terror' (sprich: Verfolgung der Opposition) verkünden konnte. Obwohl sie viele hundert Menschen selber ermordete, war dies noch verhältnismäßig wenig, gegenüber den Toten, die vor dem 12.09.1980 zu beklagen gewesen waren.

MILITÄRS IM INTERESSE DER NATO AN DER MACHT

Die gesellschaftliche Neuordnung ist ein Rezept, daß die Strategen der türkischen Armee nicht allein ausgearbeitet haben. Amerikanische Experten, die mit Diktaturen in Südamerika zahlreiche Erfahrungen gesammelt haben, stehen ihnen zur Seite. Denn schließlich sind es die Interessen der



NATO und der führenden Nation darin, den USA, die für diesen Kurs verantwortlich sind. Die Türkei wird nach dem Fortfall von Persien und der Besetzung Afghanistans dringend als Bollwerk gegen die Sowjetunion gebraucht. Neben Israel und Ägypten erhält deshalb die Türkei die meisten Gelder als Militärlieferanten aus den USA. In der Nahostpolitik der USA spielt die Türkei eine herausragende Rolle. Von den US-Basen aus sollen Eingriffe gegen eventuelle Veränderungen in der Golfregion gestartet werden (mobile Einsatztruppe) und ebenso Befreiungsbewegungen in der Umgebung kontrolliert werden. Eine instabile Türkei aber würde den Einsatz amerikanischer Truppen auf türkischem Boden unsicher machen. Die USA erinnert sich nur ungern an anti-amerikanische Demonstrationen in den 60er Jahren als Soldaten der 6. Flotte in den Bosphorus geworfen wurden.

Der Vernichtungsfeldzug gegen die oppositionellen Gruppen im Lande hat daher auch ganz eindeutig einen US-geprägten Charakterzug. So hat die USA im Vergleich zu Europa immer die Frage der Menschenrechte vernachlässigt, wenn ihre Diplomaten sogar noch fragen, von wessen Menschenrechten denn die Rede sei, der der 'Terroristen oder ihrer Opfer'.

Nach dieser Anschauung ist es nur berechtigt, wenn man als Rache gegen die vielen Toten vor dem Putsch nun die Opfer, nämlich die Fortschrittlichen in der Gesellschaft einen nach dem andern umbringt, zu Tode oder zum Krüppel foltert, oder auf Jahrzehnte hinter Gitter bringt.

Dies ist die Friedhofsruhe, die ein militärisch geführter Staat garantieren soll. Die Einflußmöglichkeit auch nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie hat man sich inzwischen durch verschärfte Strafgesetze, Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Entpolitisierung aller sozialen Einrichtungen bis hin zu den Gewerkschaften offengehalten. In diesem Zusammenhang ist die Verschärfung der §§ 141, 142, 163 und anderer politischer Delikte zu erwähnen, ebenso wie die erneute Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten, die mit Militärs besetzt insbesondere über die politische Opposition zu Gericht sitzen werden. Gouverneure können Demonstrationen aussetzen, das Versammlungsrecht ist äußerst beschnitten worden, und die Presse braucht sich nicht zu wundern, wenn auch nach der sogenannten 'Demokratisierung' wieder eine Welle von Prozessen über die Autoren niedergeht. Informell über die Autoren niedergeht. Informell

ausgeübte Zensur und Autozensur sind derzeit schon die Mittel, um die Presse systemkonform zu halten. Außerdem haben alle Vereine, Stiftungen und auch die Gewerkschaften die Auflage, sich politischen Äußerungen zu enthalten.

DIE VERFASSUNG VON 1982 - GRUNDLAGE, UM WEITERE EINSCHRÄNKUNGEN DURCHZU DRÜCKEN

Die am 7.11. 82 in einer Volksabstimmung mit mehr als 90% der Stimmen verabschiedete Verfassung ist das Kernstück der gesellschaftlichen Neuordnung. Obwohl vielerorts behauptet wird, man müsse erst noch abwarten, wie sich dieses Grundsatzpapier in der Praxis bewährt, sind die weiteren rechtlichen Schritte (teilweise oben angedeutet) ein eindeutiger Beweis dafür, daß das Grundgesetz nun die Handhabe für weitere restriktive Maßnahmen bietet.

Der Staatspräsident, der mit Juntachef Evren auch schon für die ersten sieben Jahre feststeht, hat ungeheure Befugnisse bekommen, die ihm mehr Macht einräumen, als dem gewählten Parlament insgesamt. Die übrigen Juntamitglieder haben dazu noch einen gut bezahlten Posten als Berater ihres Bosses bekommen. Im guten militärischen Sinne wurde dann die Staatskontrolle auch enorm verschärft. Neben den Beschränkungen für Parteien und Gewerkschaften ist auch zusätzlich noch ein Staatskontrollrat geschaffen worden, der im Interesse des Staatspräsidenten über die Aktivitäten der Vereine und ähnlicher Einrichtungen wacht.

Wie konnte es nun geschehen, daß diese Verfassung von der Bevölkerung mit so überwiegender Mehrheit angenommen wurde? Sicherlich hat der Ehrgeiz einen überragenden Erfolg zu erzielen, die Generäle dazu gebracht, mit entsprechenden Manipulationen zu arbeiten (Aktionen gegen die Verfassung wurden drastisch bestraft, Zwang zur Abstimmung, die letzten 14 Tage vor der Abstimmung durfte nur Evren etwas zur Verfassung sagen, die blauen Nein-Stimmen schimmerten durch die Umschläge etc.), aber es besteht kein Zweifel darüber, daß auch bei Fortfall dieser Maßnahmen die Verfassung angenommen worden wäre. Man kann zwar darüber spekulieren, ob die Personen zwischen 18 und 21 Jahren (2,5 Millionen) anders gestimmt hätten, oder ob die 200.000 Gefangenen bei der Abstimmung anders gehandelt hätten, als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung.

Sicher, es gab keine Wahl unter verschiedenen Entwürfen. Niemand aber war überhaupt in der Lage, eine Alternative aufzuzeigen. Die Forderung nach einer Überarbeitung des Entwurfes konnte deswegen nicht viel Sympathie gewinnen, weil niemand bei der Zusammensetzung des Scheinparlamentes (genannt

Beratende Versammlung) und der Entschlossenheit der Militärs mit irgendwelchen positiven Änderungen rechnen konnte. Die oppositionellen bürgerlichen Kreise hatten eben der Gewalt der Militärs nichts entgegen zu setzen und jede Forderung nach mehr Freiheit aus den intellektuellen Kreisen wurde von den Militärs sehr schnell mit dem Mißbrauch dieser Rechte beantwortet.

Auch die Linke insgesamt war nicht in der Lage, eine Alternative aufzuzeigen. Die Junta ging deshalb konkurrenzlos im Rennen. Aber darüber hinaus hatte sie eben noch den Bonus, das Land vom Terror befreit zu haben, unfähige Politiker entmachtete und die Verantwortlichen für den Terror auf Schärfliste bekämpft zu haben. In den zwei Jahren Militärherrschaft bis zur Abstimmung wirkte die Linke paralysiert. Sie konnte sich nicht auf die neue Situation einstellen und verlor durch klassische Aktionsformen wie Flugblätter verteilen, Karten verschicken oder ähnliches noch eine Reihe von Kämpfern an die Repression.

Selbst die Militärs jedoch waren überrascht, wie schnell die Massenunterstützung für die verschiedenen Gruppierungen in der Bevölkerung nachgelassen hatte. Niemand war mehr zu einem Protest zu bewegen, und selbst in der heimlichen Hauptstadt von Kurdistan, in Diyarbakir, wo noch direkt nach dem Putsch bewaffnete Demonstrationen stattgefunden hatten, zog es die Bevölkerung vor, zu schweigen.

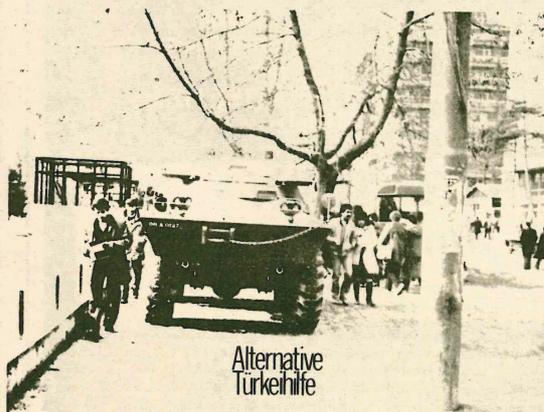
Obwohl in der Zwischenzeit sehr viele Motive der Junta gelitten haben (so lehnt die Bevölkerung den ständig wiedergekauften Kemalismus-Atatürk-Kult inzwischen total ab), waren es dennoch die Hauptgründe des Putsches, Antiterror, Stabilität, eigene Demokratie, die auch bei dem Referendum den Ausschlag gegeben haben. Die durch die Militärs gewonnene äußere Ruhe dankte die Bevölkerung auch mit einer starken Sympathie für den Juntachef Evren, in dem sich der Erfolg der Junta personifizierte. Die Verbindung der Abstimmung über die Verfassung mit der Wahl des Staatspräsidenten (einzigster Kandidat: Evren) hat also der Verfassung noch zusätzlich Stimmen eingebracht.

AUF DEM WEG ZUR EINHEITSGESELLSCHAFT

Erst sehr spät haben die liberalen Kreise in der Türkei gemerkt, daß der von ihnen herbeigesehnte starke Staat in Form der Militärdiktatur im Prinzip auch gegen sie gerichtet ist. Anfänglich waren sie (wie das Ausland übrigens immer noch) der Augenwischerei von 'Redemokratisierung', 'Übergangsphase' und anderen Behauptungen auf den Leim gegangen. Aber

NATO-Land: TÜRKIE

Militärs an der MACHT



Bestellung bei: Türkei Information, schildergasse 101 a, 5 Köln 1, 3,- DM

schon an den relativ frühzeitig verabschiedeten Gesetzen einer Neuordnung der Universitäten z.B. läßt sich erkennen, daß hier auf eine Einheitsgesellschaft hingearbeitet wird, in der nur noch angepaßte Menschen einen Platz haben.

Mit militärischem Verständnis von Disziplin und Gehorsam wird bis in die Grundschulen hinein ein Konzept des Einheitsstaates verfolgt. Haartracht und Kleidung sind dabei nur die äußeren Maßnahmen, die an Arbeitsplätzen bis zur Kontrolle der Rasur der Schamhaare und an den Unis bis zur Rasur der Bärte reicht. Aber auch inhaltlich werden die Fächer an den Schulen neu strukturiert und der morgendliche Apell ist die Einstimmung auf die dann folgende Paukarbeit, die das Einheitswissen der 80er Jahre vermitteln soll.

Inzwischen hat man den Hochschulen ihre verwaltungsmäßige Selbstständigkeit genommen und mit der Umbelegung der wichtigsten Stellen (alle Dekane wurden aus reaktionären Kreisen rekrutiert) hat man dann auch die Freiheit von Forschung und Lehre beseitigt. Im Frühjahr 1983 folgte dann, was kommen mußte: alle fortschrittlichen und liberalen Hochschulangehörigen quittierten einer nach dem anderen den Dienst, wenn sie nicht durch Zwangsverfügungen direkt aus der Hochschule geworfen wurden.

Der inzwischen an den Hochschulen eingetretene Personalangel hat dazu geführt, daß das Angebot in der Lehre immer knapper wird. Und natürlich fallen als erstes die kritischen Fächer unter den Tisch. Den neuen Menschen zu schaffen bedeutet gleichzeitig Entpolitisierung der Gesellschaft, und an den Hochschulen ist derzeit niemand mehr berechtigt, Parteien beizutreten (nicht einmal mehr die Studenten). Vereine haben sich nur um ihre Ziele im engeren Sinne zu kümmern (wie Verschönerung der Umgebung) und überhaupt ist die Politik in Zukunft nur noch das Werk von einer Handvoll ausgesuchter Profis, die sich die Junta selber aussuchen will. Auf seinen Reden im Süden der Türkei im März 1983 forderte General Evren die Bevölkerung auf, doch den Neuen auf der politischen Bühne das Vertrauen auszusprechen und damit meinte er ganz sicher die Schar von Lakaien, die sich die Junta in und um die Beratende Versammlung zusammengeholt hat.

DAS GROBKAPITAL WILL ALLEINVERTUNGSRECHT

Es wird in der Zukunft zwar wieder verschiedene Parteien geben und auch die Möglichkeit, Gewerkschaften zu bilden, besteht durchaus. Aber die Möglichkeiten für diese Pfeiler einer parlamentarischen Demokratie sind in ihren Rechten von vornherein so beschnitten, daß nur linientreue Vertreter einen Platz im Staatsgefüge einnehmen können.

Wie schon in der Verfassung festgelegt, sieht das Parteigesetz vor, daß der Oberste Staatsanwalt der Republik jeden Antrag auf Gründung einer Partei prüfen kann und dann auch die Gründung verbieten kann (eine entsprechende Begründung läßt sich leicht finden). Sollte aber eine Partei sich erst später zu einem Hort der Opposition entwickeln, so wird auf Antrag des Justizministers auch diese Organisation schnellstens durch das Verfassungsgericht in nicht-öffentlicher Sitzung verboten werden können.

Ob die Wahlhürde nun 8 oder 10% betragen wird, die Anzahl der Parteien im Parlament soll begrenzt werden, bzw. wird eben nur eine 2-Parteien Herrschaft gewünscht. Die Rollen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien können dann zwar tauschen, aber die Verbundenheit von 2 Hauptparteien, deren Linie man genau festlegen kann, mit der militärisch ausgerichteten Staatsführung kann jetzt schon unterstellt werden.

Sei es der Wirtschaftsberater der Junta, Turgut Özal, oder der derzeitige Ministerpräsident Ulu, vielleicht auch noch der Vorsitzende der Verfassungskommission in der Beratenden Versammlung, Orhan Aldikacti, sie alle sind durch ihre Nähe zu den Militärs bekannt und haben nach allgemeinen Erkenntnissen auch die größten Chancen bald als gewählte Vertreter an der Spitze der 'neuen' Parteien in das Parlament einzuziehen und sich dort von General Evren zum Ministerpräsidenten ernennen zu lassen.

Welche Kreise dann vertreten sein werden, ist jetzt schon klar. Das IWF-Rezept der exportorientierten Wirtschaft läuft auf die Unterstützung nur der kapitalkräftigsten Kreise hinaus.

Das Monopolkapital möchte endlich von der Koalition mit anderen Kapitalfraktionen loskommen, und dabei sind die Zivilisten um die Junta herum genau die richtigen Personen.

Aber die Junta hat noch durch weitere Maßnahmen dafür gesorgt, daß das Kapital ohne Bedrohung ihres Profits in der Zukunft arbeiten kann. Das Gesetz über Gewerkschaften und Tarife legt nicht nur fest, daß Gewerkschaften sich jetzt nur noch unter erschwerten Bedingungen bilden können (Konföderationen können z.B. nur gebildet werden, wenn 7 in verschiedenen von der Junta festgelegten Arbeitsbereichen organisierte Gewerkschaften fusionieren, Gewerkschaften müssen bei Tarifverhandlungen 10% eines Arbeitsbereiches und 51% eines Betriebes repräsentieren), sie müssen sich jeglicher politischer Äußerung enthalten, dürfen zu keiner anderen Organisation Kontakt aufnehmen und können das einzige Druckmittel, das sie haben - den Streik - praktisch kaum noch anwenden.

Für mögliche Tarifkonflikte ist auch schon vorgesorgt. Die Oberste Schiedsstelle, die für die Militärs die Aufgabe übernommen hat, die Löhne real zurückzuschrauben, wird auch nach dem formalen Abdanken der Militärs weiterexistieren. Diese Schiedsstelle tritt sofort in Aktion, wenn nach 60 Tagen (länger wird also kein Streik

dauern) keine Einigung erzielt worden ist. Die Zusammensetzung dieses an die Konzentrierte Aktion aus der Bundesrepublik erinnernde Gremium ist auch sehr aufschlußreich. Neben 7 Vertretern aus Unternehmer-, Regierungs- und Junktakreisen sind ganze 2 Gewerkschafter der linientreuen Türks in dieser Schiedsstelle vertreten.

Selbst wenn also wahre Arbeitnehmervertreter hier einmal sitzen sollten, so sehen sie sich einem Stimmenverhältnis von 2:7 gegenüber.

Auch aus rein ökonomischer Sicht sind die Unternehmer also vor einer wirksamen Interessenvertretung der Arbeiter geschützt. Außerdem werden Streikende mit äußerst hohen Strafen belegt, es dürfen keine Streikposten mehr bezogen werden, niemand darf an der Arbeitsaufnahme gehindert werden, an dem Streik darf weder durch Spruchbänder, Plakate oder anders angebrachte Parolen auf den Streik aufmerksam gemacht werden. Da fragt man sich doch, auf welche Weise noch eine legale Artikulation von antikapitalistischen Ideen und Einstellungen erfolgen soll?

Es ist also jetzt schon klar, daß die neue Phase in der Türkei auch für die sozialistischen Kräfte eine Umstellung bedeutet, denn selbst die kleinste Regierung wird auf das Schärfste verfolgt werden.

DIE OPPOSITION GEGEN DIE MILITÄRJUNTA STEHT VOR EINER SCHWEREN AUFGABE

In der rasanten Entwicklung der 70er Jahre hatte die Linke in der Türkei

sich immer stärker mit dem faschistischen Terror auseinanderzusetzen; von einigen Gruppen wurden die Vertreter einer faschistischen Gewaltherrschaft gar nur in der nationalistischen Bewegung gesehen, deren Machtergreifung man mit allen Mitteln verhindern mußte.

Die Junta hat nun die MHP von der Macht entfernt und deshalb heimlich auch Zustimmung aus diesen Kreisen erhalten, die meinten, daß nun die faschistische Gefahr gebannt sei. Aber auch die übrigen Gruppen hatten ihre praktische Arbeit hauptsächlich auf die Gewaltakte der Killerkommandos der 'Grauen Wölfe' konzentriert. Die Organisation des Widerstandes war im wesentlichen an diesem Punkt erfolgt. Wenn im übrigen auch materiellen Forderungen wie Lohnerhöhungen oder gerechte Preise für landwirtschaftliche Kleinproduzenten eine Rolle spielten, so war damit aber niemals eine Auseinandersetzung mit der Armee des Landes angepeilt, die nun als Hüter der Kapitalinteressen auftritt.

Außer der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten hat die Opposition kaum neue Motive, um eine Massenunterstützung zu mobilisieren. Aber selbst dann bleibt noch die Frage nach den Aktionsformen, die unter den veränderten Bedingungen möglich sind. Die neue Lage ist zunächst einmal durch die absolute militärische Übermacht des Gegners gekennzeichnet, der aber seinen Sieg nicht nur auf der militärischen Ebene errungen hat.

Der Junta ist es gelungen, die Stimmung in der Bevölkerung zu ihren eigenen Gunsten auszunutzen und dem hat die sozialistische Bewegung derzeit noch wenig entgegenzusetzen. Sicherlich sind Millionen von Menschen durch die Verfolgung der Opposition unmittelbar durch Angehörige etc. betroffen. Aber selbst die Familien der politischen Häftlinge, die als einzige gesellschaftliche Gruppe überhaupt Ansätze zu Widerstand gezeigt hat, bildet für sich noch keine Basis, um eine wirkungsvolle Opposition gegen die Junta aufzubauen.

Zu der militärischen Niederlage der Linken kommt nämlich auch eine politische Niederlage weiter Teile der sozialistischen Bewegung.

An diesem Punkt sind im wesentlichen die dogmatischen Einstellungen der Grund für einen Mangel an Flexibilität. Wer sich heute immer noch an den Erfolgen der Junta gegen die eine oder andere Gruppe freut und damit meint, selber erstarben zu können, der hat nichts von der neuen Situation kapier, die für alle Gruppen (ob revisionistisch oder einseitig militaristisch) angewandt wird.

Vielfalt auf der Linken muß nicht unbedingt nur negative Auswirkungen haben, aber in Zukunft kann Konkurrenz verschiedener Kreise nur eine Stärkung der Junta bedeuten. Vertrauen in eine sozialistische Alternative setzt zunächst einmal die Geschlossenheit der Linken voraus.

Dies kann durchaus unter Beibehaltung der Organisationen (vorläufig) und Zusammenfassung der Aktivitäten in einer Front erfolgen.

Aber solch eine Front, wie sie sich inzwischen aus knapp 10 Gruppen in der Widerstandsfront gebildet hat, hat noch wesentlich andere Aufgaben vor sich. Sie wird kein Vertrauen der Massen finden, wenn sie die gleichen Verhältnisse in den Organisationen reproduziert, die von ihnen als Zeichen der Herrschaft des Kapitals, mit Autorität, Hierarchie und blindem Gehorsam gebrandmarkt wird. Obwohl sich unter den derzeitigen Verhältnissen die Beziehungen auch der Revolutionäre untereinander sicherlich nicht zu 100% nach sozialistischen Prinzipien gestalten lassen, muß die Avantgarde (wenn es eine solche geben sollte) veränderte Einstellungen zu den Mitmenschen vorleben, die selbstverständlich auch bei den Beziehungen der Organisationen untereinander anfängt.

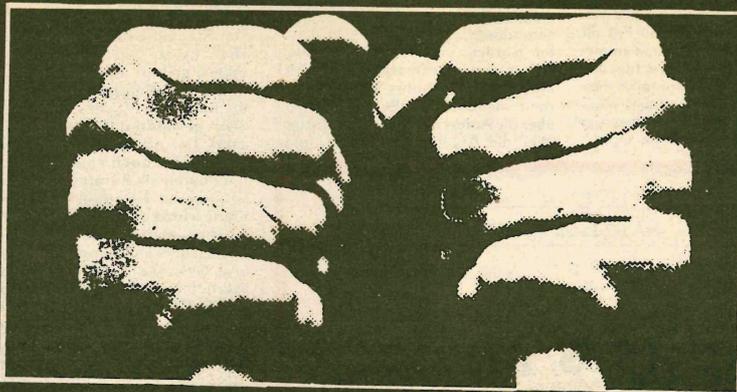
Dies ist ein Teil der Aufgabe, der Bevölkerung klar zu machen, was mit sozialistischen Verhältnissen gemeint ist. Die Alternative zur bestehenden Ordnung muß auch deshalb sehr deutlich aufgezeigt werden, weil durch den Nachbarn SU hier ein ganz bestimmtes Bild vermittelt wird, das es auch in seiner objektiv dargestellten Form nicht nachzuzahlen gilt.

Ansätze hierzu sind in den Bewegungen vorhanden, und man kann sicherlich bei einigen Gruppierungen nicht davon sprechen, daß ihre Politik der 70er Jahre grundsätzlich verfehlt war, d.h. daß sie keine Antwort auf die neuen Bedingungen haben. Aber auch sie wurden von schweren Schlägen getroffen, was damit anfängt, daß immer noch Anhänger ihrer Ideen verhaftet, gefoltert und ermordet werden. Trotzdem ist auch in dieser Hinsicht der 12. September nicht mit dem 12. März zu vergleichen. Denn inzwischen gibt es ungleich mehr Gegner des Systems und auch die Ideen für einen antimperialistischen und antifaschistischen Kampf wurden in die richtige Richtung weiter entwickelt. Die Erfahrungen der 70er Jahre aber müssen schleunigst aufgearbeitet werden, um dann unter den veränderten Bedingungen den Kampf aufnehmen zu können. Derzeit jedoch ist nur zu beobachten, daß bei dem Abbau eines humanen Weltbildes die Junta einen immer größeren Abstand zu den demokratischen Kräften im Lande zurücklegt. Und es ist später um so schwerer, hier verlorenen Boden wieder gutzumachen.

Die Linke steckt in einer Identitätskrise, aus der nur ein radikales Überdenken der alten verhärteten Positionen hinausführen kann. Unzufriedenheit mit den neuen Herrschern läßt sich allenthalben feststellen. Solange wie jedoch keine glaubwürdige Alternative existiert, wird die Unterstützung der Junta durch die Bevölkerung weitergehen.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHENGEFANGENEN in der Türkei und Türkei-Kurdistan

- Stoppt die Hinrichtungen!
- Schluß mit der Folter!
- Stoppt die unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen!
- Verteidigungsrecht für alle politischen Gefangenen!



- Stoppt die Massaker, die rassistischen Massnahmen und die Assimilationspolitik gegenüber dem kurdischen Volk!
- Freiheit für alle Mitglieder des TÖB-DER, der DISK und alle gefangenen Revolutionäre, demokratischen Organisationen und Gewerkschaften!

STOPPT DIE AUSLIEFERUNG VON POLITISCHEN GEFANGENEN in die TÜRKIE!

DEMONSTRATION am 11. Juni '83

BİRKOM (Devrimci İsci, Serxweban, İscinın Sesi, Kıvılcım, Emekei, Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Savas), Partizan, ATİF, Dış-Fak, İsci Gercegi, Proleter Dayanışma, Av-Dev-Gene, KKDK, Kürt Halk Eşleri, Kawa, Koc-Kak, BWR, Türkei Komitees, Alter-TürkeiHilf

Demo. unterstützer - Kurtulus, GİM

Die Demonstrationen finden in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München statt.

Der DGB und die Türkei-Solidarität

Unter der Überschrift 'Vetter spendet in Ankara Lob und Tadel' findet sich in der FAZ vom 1.3.1983 eine Notiz über eine Reise des ehemaligen DGB-Vorsitzenden Vetter in die Türkei. Darin heißt es u.a.: "Der frühere DGB-Vorsitzende Vetter hat der türkischen Militärregierung den 'Rat von Freunden' gegeben, das vorgesehene Gewerkschaftsgesetz nicht in Kraft treten zu lassen. Vetter... ermahnte auch den größten dortigen Gewerkschaftsbund, die Türk-Is, gegen dieses Dekret zu protestieren. Vetter erinnerte an die Vorstandssitzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) im Mai, bei der es auch darum gehen soll, ob die Türk-Is wieder zum gleichberechtigten Mitglied der internationalen Gewerkschaften werden könne ... Vetter sprach von 'völlig unnötigen' Plänen Ankaras, die Gewerkschaften kontrollieren zu wollen... Vetter würdigte ausdrücklich den Übergang der Türkei von innenpolitischen Unruhen zu 'Ordnung und Recht' und bezeichnete sich als von der türkischen Verfassungsdiskussion 'zutiefst beeindruckt'."

Auch die ÖTV und ihr ehemaliger Vorsitzender Heinz Kluncker als Präsident der Internationale der Öffentlichen Dienste (IOD) machen sich Gedanken, wie sie die türkischen Militärs dazu drängen können, ein Gewerkschaftsgesetz zu erlassen, das den Maßstäben eines 'freiheitlich verfaßten Rechtsstaates' entspricht. Mit der Aufschrift 'Freedom for Turkish Trade-Unionists' sollten zum 1. Mai dieses Jahres Gewerkschafter aus aller Welt Postkarten an den Juntacheff Evren und den inhaftierten DGB-Vorsitzenden Bastürk schicken. Zur Begründung dieser Aktion wird im 'ÖTV-Magazin' 4/83 u.a. folgendes gesagt: "Wir haben stets Flagge gezeigt und Position bezogen, wenn der Frieden gefährdet, die Menschenrechte verletzt oder Gewerkschaftsrechte vorenthalten werden sollten."

Wir haben gegen die amerikanische militärische Intervention in Vietnam protestiert, wir haben gegen den militärischen Vorstoß der Sowjetunion nach Afghanistan und gegen den Völkermord dort protestiert. Wir haben gegen den äußeren politischen Druck, die Verletzung der Menschenrechte und gegen die Beseitigung der mühsam erkämpften Gewerkschaftsrechte in Polen protestiert. Jetzt stehen wir in der Pflicht gegenüber unseren Kollegen in der Türkei (...).

Wir sollten, wo immer wir können, Einfluß auf die politischen Organe unserer Länder ausüben, damit sie

bei ihren außenpolitischen Entscheidungen auch die Auswirkungen ihres Tuns auf die Menschenrechte und die Gewerkschaftsrechte angemessen berücksichtigen. Dies ist gegenüber der Türkei nach dem Militärputsch bisher nicht geschehen. Immerhin einem Staat, der den politischen Zielen der NATO ebenso verpflichtet ist wie den Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

Jene Kritiker, die bisher stets behauptet haben, die NATO sei ausschließlich ein antisowjetischer Militärpakt, dürfen nicht durch die Entwicklung in der Türkei legitimiert werden. Gewerkschaften müssen fragen, wo der politische Druck der Regierungen des nordatlantischen Bündnisses bleibt. Sie müssen fragen, was Regierungen anderer Länder tun, die sich ebenfalls zum freien Teil der Welt zählen."

Nachdem die Spitzen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung die Vorgänge in der Türkei nach dem Militärputsch lange Zeit mit Stillschweigen begleitet hatten, ist die Solidarität mit türkischen Gewerkschaften seit gut einem Jahr in öffentlichen Erklärungen und in der Gewerkschaftspresse zu einem häufiger behandelten Thema geworden. Auch die Unterstützung der DISK wird nicht mehr wie eine heiße Kartoffel angepöckelt.

Zurückzuführen ist das auf den an verschiedenen Stellen entstandenen innergewerkschaftlichen Druck von unten und von Teilen des Apparates, aber auch darauf, daß der zentrale Prozeß gegen die DISK-Funktionäre in Istanbul international einiges Aufsehen erregt hat. Außerdem dürfte man auch in den Führungsetagen unserer Gewerkschaften inzwischen darauf gekommen sein, daß die Hauptangeklagten dieses Prozesses gar nicht so stramme Kommunisten sind, wie der Militärstaatsanwalt von Istanbul in seiner Aussage behauptet.

In Sachen 'Türkeisolidarität' scheint die Gewerkschaftsführung aus ihren Schwierigkeiten mit der Friedensbewegung gelernt zu haben: Wenn die Kritik an den Vorständen nicht mehr mit Schweigen zu überdecken ist, setzt man sich mit wortradikalem Getöse an die Spitze der Bewegung - natürlich ohne die bisherige Politik praktisch auch nur einen Fußbreit aufzugeben. Daß Kluncker sich hier ausdrücklich auf die 'politischen Ziele der NATO' beruft, ist eine Ohrfeige für alle Gewerkschafter, die den Widerstand ihrer Organisation gegen die Rüstungs-offensive der kapitalistischen Großmächte fordern. Wir sollten inner-

gewerkschaftlich dringend Aufklärung darüber verlangen, wie Vetter dazu kommt, die türkischen Militärs als 'Freunde' zu bezeichnen und wieso ihn deren Kasperltheater um die neue 'Verfassung' auch noch 'zutiefst beeindruckt!' Gleichzeitig warnt ja der DGB in der BRD anlässlich seiner zustimmenden Stellungnahme zum Verbot von Dev-Sol und Halk-Der durch Innenminister Zimmermann vor Gruppierungen, die versuchen 'parteilpolitische Probleme (des Herkunftslandes) ins Gastland zu transferieren'. Wir dürfen in der BRD offensichtlich keine Solidarität mit unseren verfolgten Klassengenossen in der Türkei zeigen, während gleichzeitig H.O. Vetter mit den türkischen Militärs beraten kann, wie die neuen Gewerkschaftsgesetze in der Türkei aussehen sollen.



Diese Art internationaler "Gewerkschaftsbeziehungen" ist für die Arbeiterklasse der Türkei eine leidige Erfahrung: Schon die Gründung von Türk-Is 1952 wurde maßgeblich beeinflusst durch die "guten Ratschläge" des berühmten "Asian-American Free Labor Institute" einer vom CIA unterwanderten Organisation rechter US-amerikanischer

Gewerkschaftszentralen zur Gründung gelber Gewerkschaften in Amerika und Asien. Es sind dieselben Bonzen von Türk-Is, die heute den Militärs bei der Reorganisation der Gewerkschaften helfen sollen. Die guten Ratschläge holen sie sich inzwischen wohl lieber bei pensionierten Spitzengewerkschaftern aus der BRD.

Aktionsausschuss gegen Zwangsarbeit und Abschiebung in Sammellager

Sehr geehrte Damen und Herren!

Letztes Jahr wurde die in Bayern und der Oberpfalz betriebene Asylantrapolitik von Teilen der hiesigen Öffentlichkeit stark kritisiert. Auslöser war die Lagereinweisung des Türken Abdulkadir Cörüt und Berichte über menschenunwürdige Zustände in den Sammellagern.

Leider müssen wir feststellen, daß zur Zeit von der Regierung der Oberpfalz und dem Ausländeramt Regensburg eine neue Welle von Einweisungen in Sammellager betrieben wird, bei der unserer Meinung nach wieder massiv gegen die Menschenrechte verstoßen wird.

Nach unseren Informationen weist das Ausländeramt derzeit alle Regensburger Asylbewerber, die vor 1981 noch eine Arbeitserlaubnis bekommen hatten, aber inzwischen arbeitslos geworden sind, ins Sammellager Neumarkt ein. Es handelt sich dabei um etwa 20 Asylbewerber. Darunter befinden sich Menschen, die seit 4-5 Jahren in der Bundesrepublik leben und arbeiten. Ähnlich wie im Fall Cörüt haben sie sich alle eigene Lebensumstände geschaffen, haben Wohnungen, beziehen Arbeitslosengeld.

Nach Auskunft des Leiters des Ausländeramts sollen sie ihren Zwangsaufenthalt im Lager selbst bezahlen, die Unterbringung und Essenskosten werden vom Arbeitslosengeld abgezogen.

Wir halten es für ungeheuerlich, Asylbewerber, die seit langem auf eigenen Füßen stehen und selbst für ihren Unterhalt aufkommen sind, zwangs-

weise in Lager einzuweisen und dafür noch über ihr Arbeitslosengeld zu verfügen.

Wir weisen auch darauf hin, daß die Regierung der Oberpfalz nach dem Motto "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern" in diesen Fällen alle Kriterien, nach denen sie bisher angeblich Lagereinweisungen vornahm, über den Haufen wirft.

Wie den ausführlichen Einlassungen der Verantwortlichen im Fall Cörüt zu entnehmen war, galt bisher das Kriterium des Sozialhilfeempfanges für die Abschiebung in Sammellager.

In einem Beschluß des Verwaltungsgerichts Ansbach zum Fall Cörüt heißt es übrigens, daß nach diesem Kriterium für Herrn Cörüt keine Pflicht bestehe, weiter im Lager zu bleiben, wenn er Arbeit erhalte und nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sei.

Ungeachtet dessen und ohne noch irgendwelche "Kriterien" und "Verwaltungsvorschriften" für die Aushöhung des Asylrechts zu präsentieren, wird nun die Lagereinweisung von Arbeitslosen vorgenommen.

Der Fall des betroffenen Kurden A.D. (Name und genaue Daten bei uns zu erfahren) zeigt, wie weit die Willkür dabei geht:

A.D. reiste im Februar 1980 in die BRD ein und stellte Asylantrag in Regensburg. Im Mai 1980 nahm er ein Arbeitsverhältnis bei "Presschemie" auf. Am 17.10.82 wurde er dort wegen "Arbeitsmangel" gekündigt. D. klagte gegen die Kündigung, die Gewerkschaft gab ihm Rechtsschutz. Am 4. Mai 83 gewann er seinen Prozeß vor dem Arbeitsgericht Regensburg. Press-Chemie muß D. laut Richter-

spruch wieder beschäftigen. Die Firma stellte daraufhin Antrag auf Arbeitserlaubnis für D. beim Arbeitsamt. Trotz gewonnenem Prozeß verweigerte das Arbeitsamt die Erteilung einer Arbeitserlaubnis!! D. kündigte gerichtliche Schritte gegen das Arbeitsamt an. Am 18.5. wird er aufs Ausländeramt vorgeladen. Dessen Leiter eröffnet ihm, daß er ins Sammellager Neumarkt eingewiesen wird, da er ja jetzt arbeitslos sei! D. wohnt in Regensburg bei seiner Schwester, Schwager und deren Kindern. Die Einweisung nach Neumarkt bedeutet gleichzeitig die Trennung von seiner Familie, da er dann den Landkreis Neumarkt nicht verlassen darf.

Angesichts dieses Falles muß die Frage erlaubt sein, ob es in diesem Land überhaupt noch irgendwelche Rechte für Asylbewerber gibt!

Wir fordern die Presse auf, über diese neue Einweisungswelle zu berichten, damit die Öffentlichkeit informiert wird.

Wir fordern die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und ihre Mandatsträger auf, aktiv zu werden, zu protestieren und in ihren Gremien geeignete weitere Schritte zu diskutieren.

Alle Initiativen gegen den Abbau des Asylrechts und gegen Ausländerfeindlichkeit fordern wir auf, Protestschriften zu richten an:

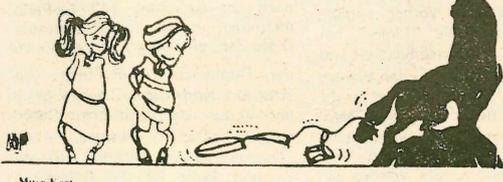
Einwohneramt, -Ausländerabteilung, Minoritenweg, 84 Regensburg und Regierung der Oberpfalz, Herrn Mauthner, Emmeransplatz 8, 84 Regensburg.

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß es höchste Zeit wäre, diese Politik gegen die Menschenrechte und gegen das Asylrecht vor der Europäischen Menschenrechtskommission anzuklagen!

Regensburg

MHP Türk - Föderation

Wir suchen alles über die Türk - Föderation und ihre Tätigkeit in der BRD (Fluoblätter, Zeitungsartikel, Fotos, etc.)



Muse Kart

Antifaschistische Arbeitsgruppe

c/o Evangelische Studentengemeinde (ESG)
Roquetteweg 15 in 6100 Darmstadt

BURSA

Das offizielle Darmstadt feiert im Juni / Juli die 15-jährige Städtepartnerschaft mit Bursa.

Wir suchen alles über die wirkliche Situation in Bursa (Zeitungsartikel, Fotos, Augenzeugenberichte, etc.)

AUSLÄNDER FEINDLICHKEIT

UND



Ausländerarbeit und Ausländerorganisationen
Zur Arbeit mit Migrantinnen und Migrantinnen in der Türkei

Erweiterte 2. Auflage, 4,- DM, 36 Seiten
Bestellung bei: Schildergasse 101 a, 5 Köln 1

In diesem Thesenpapier wird nicht bezweckt, solche Lösungen zu liefern, die den bestehenden Strukturen und subjektiven Vorstellungen entsprechen. Wir wollen vielmehr die von uns unabhängig ablaufenden Entwicklungen und die dazugehörigen Organisationsformen bestimmen.

Welche objektive Entwicklung wir hierbei meinen, haben wir in unseren Thesen in "Türkei Information" ausführlich dargelegt. Hier soll nur, ohne auf Einzelheiten einzugehen, nochmals von der Richtung dieser Entwicklung die Rede sein.

Der Kapitalismus unserer Tage ist in eine ökonomische, politische und soziale Krise eingetreten. Nach optimistischen Schätzungen wird diese Krise bis in die 90er Jahre dauern. Wie sich der Kapitalismus danach entwickeln wird, darüber gibt es keine einheitliche Meinung. Neben unbefriedigenden optimistischen Prognosen existieren auch solche Thesen, die davon ausgehen, daß die gegenwärtige Krise die Zusammenbruchskrise des Kapitalismus ist. Bei aller Unterschiedlichkeit ist aber allen diesen Thesen und Prognosen gemeinsam, daß wir uns in einer lang andauernden (und sich zunehmend verschärfenden) Krise befinden.

Der Krisenverlauf wird es notwendig machen, die wahren Ursachen der Krise zu verbergen und in metropolitanen Ländern Sündenböcke zu suchen. Zu diesem Zweck wird man die Ausländerfeindlichkeit schüren und die Ausländer für alle Mißstände verantwortlich machen. Die vorbeugenden Maßnahmen der Regierung werden sich binnen kurzem als unzureichend erweisen, und Zwangsmaßnahmen zwecks Ausweisung der Arbeitslosen werden auf die Tagesordnung kommen. Sollte sich auch dies als unzureichend herausstellen, so wird der faschistische Terror von offizieller Seite grünes Licht bekommen. Die westdeutsche Regierung wird bei jeder Maßnahme, bei jeder Aggression die Unterstützung der eigenen Bevölkerung suchen und sie zum Komplizen ihrer Politik machen. Auf diese Weise werden alle fortschrittlichen Bewegungen in die Falle gelockt werden, und man wird durch die Kräfte, die in Angriffen gegen Ausländer, Fortschrittliche, und Dritte-Welt-Länder organisiert wurden, den Faschismus anstreben. In den nachfolgenden Thesen wollen wir diese historische Perspektive in keinem Punkt aus den Augen verlieren.

1. Die Situation der Arbeitsemigranten und ihre Entwicklung

Die in diesem Abschnitt formulierten Thesen sind eine Weiterentwicklung des Artikels in "Türkei Information" im Hinblick auf die Türken.

1. Die gegenwärtige Krise hat die Arbeitsemigranten in einer Übergangsphase erfaßt. Geschichtlich gesehen fand der Kapitalismus immer genügend Zeit, um die Minderheiten zu assimilieren, zu unterdrücken oder zu vernichten. Da aber die Arbeitsemigranten heute mitten im Assimilierungsprozeß stecken, haben sie einen zweifachen Charakter, und diese ihre Doppelnatur wird von der Regierung geschickt ausgenutzt. Sie werden dazu gedrängt, sich für die Rückkehr in ihre Heimat oder für den Verbleib in Deutschland zu entscheiden. Und die Ausländer sehen sich ihrer Doppelnatur entsprechend nicht in der Lage, sich für eines der beiden Länder zu entscheiden.

In so einer Zwangslage muß der Hauptprogrammpunkt der sein, daß die Arbeitsemigranten über ihre Zukunft selbst bestimmen. Das Selbstbestimmungsrecht berücksichtigt die

Weitere Thesen zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit



Doppelnatur der Arbeitsemigranten und macht bewußt keine Vorschriften darüber, wie von diesem Recht heute oder in Zukunft Gebrauch zu machen ist. Wie die Arbeitsemigranten von diesem Recht auch Gebrauch machen mögen, ob sie in Deutschland bleiben oder in die Türkei zurückkehren, das kann nur ihre eigene Entscheidung sein. Die Forderung nach Minderheitenrechten für Ausländer ist dabei nur die extremste Form, von Selbstbestimmungsrecht im Hinblick auf den Verbleib in Deutschland Gebrauch zu machen.

2. Sollte es eines Tages möglich sein, daß die ausländischen Arbeiter das Selbstbestimmungsrecht erlangen, so wäre dies nur dann der Fall, wenn ein fundamentaler Glaube an den Kampf entsteht. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die Ausländer im Moment für die eigenen Rechte nicht kämpfen wollen. Wenn wir daher die Strategie des kommenden Kampfes bestimmen wollen, müssen wir die objektiven Bedingungen für das Entstehen dieses Glaubens bestimmen. Um dies zu tun, wollen wir nun die Bewußtseinsstadien, die die Ausländer seit ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen haben, kurz resümieren:

Als die ausländischen Arbeiter zum ersten Mal nach Deutschland kamen, beabsichtigten sie, genug Geld zu sparen und recht bald wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Ihr Ziel war es, mit dem gesparten Geld eine kleinbürgerliche Existenz aufzubauen und damit einen Aufstieg zu erreichen. Aus diesem Grund widerstehen sie sich der Diskriminierung in Deutschland nicht. Die Diskriminierung in Deutschland machen sie durch Angeberei im Heimatland wett.

ben sie immer noch dem Heimatland verhaftet. Außerdem wurden sie durch die Entfremdung der Kinder und den kulturellen Zerfall reaktionärer, nationalistischer und religiöser. Immer mehr breitete sich der Deutschenhaß aus, und immer weniger wollten sie den Kampf für die eigenen Rechte aufnehmen.

Die zunehmende Verschärfung der Ausländerfeindlichkeit zu Beginn der 80er Jahre trieb die emotionale Entwicklung der Ausländer in ein neues Stadium. Entscheidend war nicht mehr der Aufstieg oder die Verteidigung der erreichten sozialen Positionen, sondern die Politik des kleineren Übels bzw. des geringsten Widerstandes. Die immer wiederkehrende Überlegung bei den Ausländern war nun die, daß sie zu sich selbst sagten: "Wenn sie mich zu sehr drängen, dann hebe ich mein Geld von der Bank ab und fahre in meine Heimat zurück." Diese Einstellung hatte schlimmere Folgen als die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben. Der Widerstandswille erlahmte. Erle paralyisierende Angst, Deutschenhaß und kultureller Zerfall aus Gründen der unsicheren Lebensgrundlage griffen um sich.

3. Solange die Arbeitsemigranten in diesem zuletzt genannten Stadium verharren, kann von ihnen absolut kein Widerstandswille erwartet werden. Deshalb ist es notwendig, zukünftige Entwicklungsstadien vor Augen zu führen: Wie wir gesehen haben, wählten die ausländischen Arbeiter bisher immer das kleinere Übel. Deshalb kann man in Zukunft von den Ausländern nur dann Widerstandswillen erwarten, wenn Widerstandeinstellungen im geschichtlichen Prozeß zum kleineren Übel wird. Wann aber wird dieses Sta-

leben, sondern er wird zugleich die Grundlage für den Kampf hier schaffen. Die sich verschärfenden Maßnahmen der Bundesregierung und der Terror der deutschen Faschisten wird dann diesen Kampf nur auf eine höhere Ebene heben.

II. Die Situation der Linken aus der Türkei in der BRD

Die Thesen in diesem Abschnitt wurden auf der Grundlage des Leserbriefes vom Türkei-Komitee Frankfurt und des Antwortschreibens von Kürsat-Hamburg verfaßt. (beide Beiträge sind in "Türkei Information" erschienen).

1. Da die türkische Linke Teil der in der BRD lebenden Arbeitsemigranten ist, hat sie ihre Doppelnatur, sie weiß nicht, wohin sie gehört. Darüber hinaus ist sie revolutionär eingestellt und damit stets für den Kampf. Deshalb verwechselt sie den Charakter des Kampfes bezüglich der Türkei und der BRD. Den Kampf in der Türkei betrachtet sie als den eigenen Widerstandskampf. Sie tut so, als ob sie in den türkischen Städten Ankara oder Kayseri wäre. Aus diesem Grund fehlt ihr der Glaube an den Kampf in der BRD. Kurz: die türkische Linke begreift es nicht, daß der Widerstand von den Menschen in dem betreffenden Land, in diesem Fall von den in der Türkei lebenden Menschen, geleistet werden muß und von hier aus nur eine Solidaritätsbewegung gestartet werden kann. Wegen der oben genannten emotionalen Einstellung betrügt sich die türkische Linke selbst und schiebt ihren eigenen Widerstandskampf (gegen die Ausländerfeindlichkeit) beiseite.

Wir haben gesehen, daß diese Haltung in der Übergangsphase allen Emigranten eigen ist. Aus diesem Grunde darf der türkischen Linken in Anbetracht ihrer zukünftigen Entwicklung nicht vorgeworfen werden, (wie das Frankfurter Komitee dies tut) daß die Füße bald in der Türkei landen werden, wenn der Kopf dort bleibt. Es ist richtig, daß die Türkei Gegenstand der Solidaritätsbewegung und die BRD Gegenstand des Widerstandskampfes sein muß. Dies ist jedoch nicht ein Problem, das die türkische Linke von heute auf morgen lösen könnte. In dieser Übergangsphase darf die deutsche Linke die türkische Linke nicht belehren. Sie muß der türkischen Linken das Recht auf Selbstbestimmung einräumen, so wie die deutsche Bevölkerung insgesamt den Arbeitsemigranten gegenüber dieses Recht einräumen muß. Sollte es eines Tages möglich sein, die türkische Linke auf den rechten Weg zu bringen, so kann dies nur ihre freie Entscheidung sein.

2. Allerdings bedeutet das Recht der türkischen Linken, sich nach freiem Willen und für selbstgesteckte Ziele zu organisieren nicht, daß sie das eigene Verständnis der Sache auf die deutsche Linke verallgemeinern dürfen. Die türkische Linke organisiert sich im Rahmen leninistischen Prinzipien. Sie baut zentralistische-autoritäre Strukturen auf und geht von strengster Disziplin aus. Die türkische Linke hat nicht das Recht, dieses Verständnis auf die Deutschen zu übertragen. Darüber hinaus ist es fraglich, ob damit das Problem überhaupt zu lösen ist.

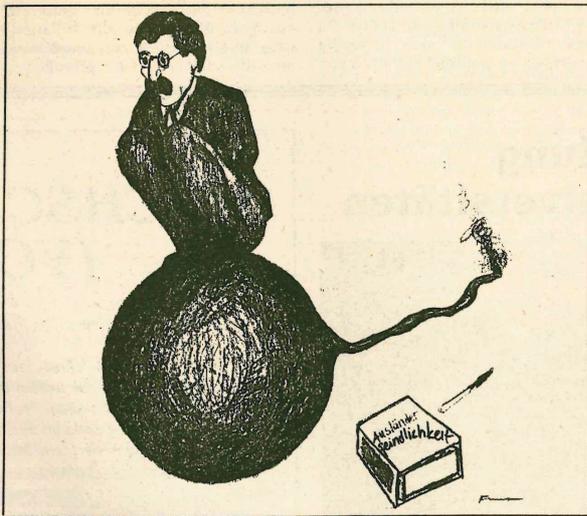
An dieser Stelle ist es sehr wichtig, daß man dieses Problem nicht vom

nationalen Standpunkt aus betrachtet, sondern von der historischen Entwicklung der Produktionsverhältnisse her. Die Menschen aus der Türkei kommen aus einem Kulturkreis, der sich nicht durch die selbständige Entwicklung des Kapitalismus herausgebildet hat, sondern, wo feudale Verhältnisse überlebt und bürgerliche Werte ihre historische Mission nicht erfüllt haben. Die deutsche Linke dagegen entstammt einer Gesellschaftsstruktur, die keine feudalen Überreste kennt, wo Individualismus der Konsumideologie beherrscht ist und darüber hinausweisende Probleme hat. In so einer Gesellschaftsstruktur werden leninistische Ziele und Organisationsprinzipien angezweifelt. Vielleicht sind diese Prinzipien sogar überholt. Aus all diesen Gründen hat die türkische Linke nicht das Recht, die Deutschen nach eigenem Verständnis der Sache zu beurteilen (vgl. den Leserbrief von Kürsat-Hamburg). So wie man von der deutschen Linken erwartet, daß sie die türkische Linke nicht nach eigenem Verständnis beurteilt, muß man mit gleichem Recht auch der deutschen Linken einräumen, daß sie sich nach eigenem Verständnis und nach eigener historischer Dynamik entwickeln will.

3. Die Warnung der deutschen Linken, daß die Füße in der Türkei landen werden, wenn der Kopf dort bleibt, sollte nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der türkischen Linken verstanden werden, sondern als eine Charakterisierung der objektiven Entwicklung. Das heißt: Der beginnende Widerstand in der Türkei wird nicht nur die Solidaritätsbewegung in der BRD beleben, sondern darüber hinaus eine gefährliche Situation heraufbeschwören. So wie die deutsche Regierung heute die Unentschlossenheit der Arbeitsemigranten gegen sie ausnutzt, so wird sie in Zukunft bei Aktionen, die die Türkei betreffen, mit dem Argument zuschlagen, daß "türkische Extremisten auf deutschem Boden die Probleme der Türkei austragen". In so einer Situation wird es nicht zu vermeiden sein, daß einige türkische Gruppen in die Falle gehen.

Da auf die Solidaritätsarbeit nicht verzichtet werden kann, muß diese historische Sackgasse durch neuartige Strukturen überwunden werden. Die einzige Alternative in diesem Punkt ist, die Türkei als Gegenstand der Solidaritätsbewegung und die BRD als Gegenstand des Widerstandskampfes zu sehen. Organisatorisch gesehen könnte an die Zusammenfassung der türkischen Linken und der interessierten Deutschen in demokratischen Vereinen gedacht werden. Das größte Hindernis auf diesem Wege besteht aber darin, daß die Menschen aus der Türkei einem solchen Kampf gefühlsmäßig und vom Verständnis her noch nicht gewachsen sind. Dieses Problem kann ganz sicher nicht von heute auf morgen gelöst werden. Nur im geschichtlichen Prozeß wird es sich lösen lassen.

4. Sowohl "Devrimci İsci" als auch "Türkei Information" sind Teil der türkischen bzw. der deutschen Linken und können deshalb ihre oben erwähnten Eigenschaften von Rahmenbedingungen her nicht sprengen. Nur in dem Maße, wie sich diese zwei Bevölkerungsgruppen einander nähern, können sie neuartige Organisationsformen schaffen.



Gegen Ende der 70er Jahre verschlechterte sich aber die ökonomische und politische Lage in den Heimatländern zusehends, sodaß immer mehr hervortrat, daß die Hoffnung auf einen Aufstieg eine Illusion war. Waren die Ausländer bis dahin nur mit ihren Füßen in Deutschland, so mußten sie von da an auch ihren Kopf nach Deutschland bringen und die Illusion vom Klassenaufstieg aufgeben. Man muß allerdings hier beachten, daß zwar die Füße und der Kopf in Deutschland waren, aber das Herz immer noch in der Türkei blieb. Die Entscheidung darüber, in Deutschland zu bleiben, zwang sie zwar mit dem Füßen und mit dem Kopf auf deutschem Boden zu bleiben, aber mit dem Herzen, d.h. gefühlsmäßig blei-

dium erreicht sein?

Über das "Wann" darf man sich keine Illusionen machen. Solange die Arbeitsemigranten die Möglichkeit haben, notfalls in die Türkei zurückzukehren, werden sie nicht bereit sein, für ihre Rechte zu kämpfen. Man kann daher sagen, daß sie sich erst dann vollständig in die Enge getrieben fühlen werden, wenn in der Türkei der ökonomische, politische und soziale Zusammenbruch eingeleitet ist, und sie nicht mehr zurückgehen können. Das heißt, nur die Revolution oder ein Kriegszustand in der Türkei kann hier bei den Arbeitsemigranten den Widerstandswillen erzeugen. Der Widerstand in der Türkei wird also nicht nur die Solidaritätsbewegung in Deutschland

Protestveranstaltung "Ausländerfeindlichkeit"

Die Veranstaltung vom 3. - 5. Juni war bezüglich der Teilnehmerzahl sicherlich ein voller Erfolg. Über 1000 Menschen aus mehr als 100 Organisationen und Initiativen waren gekommen zu dieser Veranstaltung, die jedoch eher die Form eines Arbeitskongresses als einer öffentlichen Anklage hatte. So wurde auch, entsprechend dieses Charakters, sehr viel Theorie produziert, und es wurde deutlich, daß, insbesondere in täglichen Arbeit vor Ort noch viele Fragen ungeklärt sind. Das große Interesse aber zeigte auch, daß ein starkes Bedürfnis nach Zusammenarbeit vorhanden ist, sich inzwischen auch bei den meisten das Bewußtsein eingestellt hat, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit über den alltäglichen Kampf im Stadtteil hinaus auf einer anderen Ebene geführt werden muß, um endlich effektiver zu werden.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden so unterschiedliche Themen diskutiert wie "Ausländische Frauen", "Arbeitslosigkeit, Betrieb und Gewerkschaft", "Asylpraxis und Menschenrechte", "Politische Rechte für Ausländer", "Minderheiten und Nationalstaat", "Ausländerfeindlichkeit und Rassismus", "Multikulturelle Gesellschaft als Zielvorstellung". Ich selbst nahm an der AG "Erfahrungsaustausch und Strategiediskussion" teil, von der natürlich konkrete Ergebnisse erwartet wurden. An dieser AG nahmen Vertreter aus über 30 Gruppen und Initiativen teil. Es wurde deutlich, daß der Erfahrungsstand und die Herangehensweise noch sehr unterschiedlich sind. Immer wieder tauchte der (scheinbare) Widerspruch zwischen Stadtteil (Basis-)arbeit und bundesweit koordinierter Zusammenarbeit auf. Ängste vor einer Bürokratisierung wurden deutlich, die sich manchmal in direkter Ablehnung jeglicher überregionaler Koordination ausdrückten. Nach langer, teilweise sehr kontroverser Diskussion wurde aber klar, daß nur eine koordinierte Arbeit, die sich aber eben in der Basisarbeit konkretisiert, in der Lage sein kann, den brutalen Angriffen der institutionalisierten Ausländerfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen.

Das bedeutet auch, daß der Kampf wesentlich politischer geführt werden muß, was sehr vielen Initiativen offensichtlich noch nicht klar genug ist. Natürlich ist es wichtig, sich im sozialen Zusammenleben, in der Lebenspraxis gegen die Ausländerfeindlichkeit in den Köpfen und Herzen der Menschen zu wenden. Solange aber die Instrumente der Ausländerfeindlichkeit, die aus knallharten ökonomischen Interessen heraus von den Herrschenden in diesem Lande geschürt wird, solange diese Instrumente, wie die Segregation durch Sondergesetze für (oder besser gegen) Ausländer nicht beseitigt werden, solange wird der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in einer effektlosen Defensive steckenbleiben, die letztendlich vielleicht einzelnen nützen kann, gleichzeitig aber die Position der Herrschenden stützt, da sie nicht die die Ausländerfeindlichkeit tragenden Strukturen angreift. Hier wird auch klar, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit Teil eines allgemeinen antifaschistischen Kampfes gegen die Entdemokratisierung dieser Gesellschaft sein muß. Die Wende in der Wirtschaftspolitik ist zum Scheitern verurteilt.

Das bedeutet, daß weiter und verstärkt nach Sündenböcken gesucht werden wird: die Radikalisierung der Ausländerfeindlichkeit hat erst ange-

fangen. Die Krise des Kapitalismus wird zu einem neuen Faschismus, einem lächelnden Faschismus führen, der, wie Manfred Coppik es ausdrückte, nicht in SA-Stiefeln kommen wird, sondern sich auf leisen Sohlen in die Herzen und Hirne der Menschen schleichen wird. Somit wird die Ausländerfeindlichkeit zum Stützpfiler des Systems zur zwingenden Notwendigkeit für die Herrschenden. Angesichts dieser Drohung, ist es unumgänglich, den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit im gesamtpolitischen Zusammenhang zu führen und die Mitarbeit der anderen gesellschaftlichen Bewegungen anzustreben. Unumgänglich ist es auch, aus der Defensive herauszukommen und wieder offensive Forderungen zu stellen. Verfolgt man den Kampf für die Rechte der Ausländer, so ist festzustellen, daß dieser Kampf immer mehr in die Defensive gegangen ist, die Forderungen ständig sich reaktiv nur gegen eine weitere Verschlechterung gerichtet haben. So wurden wir von der Realität überholt, diese Praxis hat mit dazu geführt, daß die Schläge, die jetzt

versetzt werden, eine paralyisierende Wirkung haben, die sich in Hoffnungslosigkeit bei den Initiativen und in einer Rückkehrwelle bei den Ausländern ausdrückt. Der Kampf heute darf sich nicht allein gegen eine Verschlechterung richten, wie z.B. das Papier der Kommission "Ausländerpolitik" (fälschlicherweise immer "Zimmermann-Papier" genannt). Wir müssen die völlige Gleichberechtigung der Ausländer im sozialen, politischen und kulturellen der am 2. und 3. Juli 1983 in Frankfurt zusammenzutreten wird, um eine bundesweite Kampagne gegen die Ausländerfeindlichkeit und für die Rechte der Ausländer zu beraten. Kontaktadresse: Ausländerpolitik und Menschenrechte, c/o IAF, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt/M. Die AG Ausländische Frauen hat beschlossen, einen Frauenkongreß zu organisieren, zu dessen Vorbereitung ein Treffen vom 3.-5. September 1983 stattfinden wird. Kontaktadresse: Almuth Schreiner, Eschersheimer Landstr. 110, 6000 Frankfurt/M.



...
*Schau mich an, Hans
ich bin nicht stumm
ich spreche nur eine andere Sprache
Sieh Dir meine Hände an
sie sind auch vollen Schwielen durch die Arbeit*

*Komm, wenn Du hungrig bist, teile ich mein Brot mit Dir!
Auch wenn unsere Haare, Haut, Augen verschieden aussehen
so sind wir dennoch Brüder, Hans!
Unser Brot laß uns teilen, Helmut!*

*Komm doch, Du Enkel von Marx
auch wenn Du Deinen Urahn vergessen hast
gemeinsam
gemeinsam schaffen wir es
die Welt zu verändern*

...
aus: "Dich kann ich nicht vergessen" (1981)

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
Sivekingsplatz
2000 Hamburg 36

An die
Bundesregierung
3500 Bonn

An die
Justizsenatorin
Eva Leithäuser
Justizbehörde
Drehbahn 36
2000 Hamburg 36

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landesgericht Hamburg
Sivekingsplatz
2000 Hamburg 36

Wir haben erfahren, daß der türkische Staatsbürger Hüseyin Inci am 24.5.1983 in Hamburg aufgrund eines Auslieferungsgesuches von türkischen Behörden, verhaftet und in vorläufige Auslieferungshaft genommen worden ist, obwohl sein Asylverfahren seit Ende 1982 läuft.

Wegen seiner politischen Betätigung bei "DEVIRINCI-YOL" in der Türkei, drohen ihm bei seiner Rückkehr dorthin Folter, ein rechtsstaatswidriges Scheinverfahren und höchstwahrscheinlich, die Todesstrafe.

Wir protestieren gegen die Auslieferung von politisch Verfolgten!!

Wir fordern die sofortige Freilassung von Hüseyin Inci!!!

Freiheit für Hüseyin Inci

Der türkische Staatsbürger Hüseyin Inci lebt seit drei Jahren in Hamburg mit seiner türkischen Ehefrau und einem Kind. Er ist entschiedener Gegner der türkischen Militärregierung. Er hat sich politisch in der Türkei und im Bundesgebiet im Sinne einer in der Türkei verbotenen Organisation betätigt, deren Mitglieder wegen ihrer politischen Betätigung gefoltert, zu langjährigen Freiheitsstrafen nach rechtsstaatswidrig verlaufenden Prozessen und zum Teil zum Tode verurteilt worden sind und werden. In den letzten Jahren wurden allein gegen Anhänger der Widerstandsbewegung Devrimci Yol 1.600 Anträge auf Todesstrafe gestellt. Hüseyin Inci ist Sympathisant der Organisation Devrimci Yol. Seit Dezember 82 hat Hüseyin Inci die Anerkennung als Asylberechtigter beantragt. Das Verfahren ist nicht abgeschlossen.

Am 24.5.1983 wurde Hüseyin Inci in Hamburg verhaftet und in vorläufige Auslieferungshaft genommen aufgrund eines Auslieferungsbegehrens der türkischen Behörden, die ihm kriminelle Vergehen unterstellten und ihn seit dem 16.5.1979 über Interpol suchen ließen. Hüseyin Inci hat die ihm gemachten Vorwürfe als manipuliert zurückgewiesen. Der vorläufige Auslieferungshaftbefehl erging, obwohl das Asylverfahren nicht zum Abschluß gekommen ist und ohne daß im Asylverfahren bisher eine Entscheidung ergangen ist. Eine Auslieferung würde der Anerkennung des Hüseyin Inci als Asylberechtigter zuvorkommen und ihn schutz- und wehlos in die Hände seiner politischen Verfolger "ausliefern".

Zwischen der Bundesregierung und der Türkei besteht ein Auslieferungsabkommen für kriminelle Straftäter. Soll das aber bedeuten, daß die türkische Regierung nur jeden politischen Gegner im Ausland als "Kriminellen" darzustellen braucht, um ihn wieder in ihre Gewalt zu bekommen? Die Methode, sich politischer Gegner zu entledigen, indem man sie zu Kriminellen macht, ist eine hinreichend bekannte Praxis.

In der Türkei hat seit der Machtergreifung durch die Junta eine massen-

hafte Verfolgung der politischen Opposition stattgefunden. Inzwischen sind über 100 000 Menschen verhaftet. Um sich vorzustellen, was es heißt, Gefangener in einem türkischen Gefängnis zu sein, müssen wir uns an die Bilder und Geschehnisse aus den deutschen KZ's und Gefängnissen der Nazizeit erinnern. In türkischen Gefängnissen zu sitzen heißt, der totalen physischen und psychischen Vernichtung ausgeliefert sein.

Inzwischen wurden die Massenprozesse gegen jede Art von Oppositionellen nahezu abgeschlossen. Innerhalb der Türkei hat es das Militärregime mittlerweile erreicht, die 'Ruhe' in seinem Sinne wiederherzustellen. Gleichzeitig läßt sich aber feststellen, daß der öffentliche Protest gegen die Junta in den Ländern, in denen Türken und Kurden im Exil leben, zugenommen hat. Diese Tatsache, daß im Ausland mehr und mehr bekannt wird, was hinter türkischen Gefängnis- und Gerichtsmauern geschieht, muß der türkischen Regierung ein Dorn im Auge sein. So ist auch zu erklären, daß sie verstärkt versucht, auch die Opposition im Ausland anzugreifen.

In diesem Zusammenhang müssen wir den Fall Hüseyin Inci sehen. Durch das Berliner Verwaltungsgericht ist bekannt geworden, daß deutsche Behörden auf türkische Stellen Informationen über Asylsuchende weitergeben. Dies macht es den türkischen Behörden leicht, die nicht anerkannten und in ihre Heimat abgeschobenen Asylbewerber vom Flughafen weg zu verhaften und aufgrund des in der BRD gewonnenen Materials zu verurteilen.

Es wäre schlimm, wenn der Fall Hüseyin Inci zu einem weiteren Beispiel einer weiteren Art von "Amtshilfe" in diesem abscheulichen Sinne werden würde. Dies gilt es mit allen Kräften zu verhindern. Wir fordern daher das Hanseatische Oberlandesgericht sowie alle anderen in diesem Fall zuständigen Stellen auf:

- Hüseyin Inci sofort aus der Auslieferungshaft zu entlassen
Hüseyin Inci als politische Verfolgten anzuerkennen!

Sofortiger Stopp der Türkeihilfe

Fortsetzung von Seite 12
ist gebunden an die Beachtung der Grundfreiheiten und Menschenrechte, den Schutz nationaler religiöser Minderheiten, die Gewährung der Gewerkschaftsfreiheit und die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Tatbestand politischer Verfolgung in der Türkei unter der jetzigen Staatsführung anzuerkennen und politisch Verfolgten aus der Türkei Asyl zu gewähren sowie die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen bei Flüchtlingen aus der Türkei zu beachten.

IMPRESSUM

V.i.s.d.P.:
S. Akhan
Schildergasse 101a
5 Köln 1
Tel: 0221/240 18 20

Zahlung an:
Stadtsparkasse Köln
L. Ulusal
Konto Nr. 144 913 217
BLZ: 370 501 98
Satz und Layout
ADA-Verlag Köln
Tel. 0221/21 90 64

Erscheinungsdatum: 7.6.83,
Auflage 14.000

Gegen die Todesurteile in der Türkei und Türkei-Kurdistan Gegen die NATO-Manöver in Kurdistan Gegen den Einmarsch der türkischen Militärs nach Irakisch-Kurdistan

Seit dem faschistischen Militärputsch am 12. September 1980 herrschen in der Türkei Gestapo-Methoden. In den 2 1/2 Jahren der Herrschaft der Junta wurden 208 Menschen zu Tode gefoltert, 47 Menschen hingerichtet, 248 Todesstrafen verhängt, 5 942 Anträge auf Todesstrafe gestellt, 2 418 Menschen zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Zahl der aus politischen Gründen Verhafteten wird auf 100 000 bis 150 000 geschätzt. Die Menschen werden in Massenprozessen abgeurteilt. Verteidigungsmöglichkeiten für die Inhaftierten bestehen kaum. In vielen Fällen wurden auch Anwälte zu Opfern, wurden eingesperrt, grausam gefoltert oder ermordet. So wurde am 16. Mai der Hauptkassierer von TÖB-DER, Abdullah Gülbudak im Zentralgefängnis von Ankara ermordet. Am gleichen Tag, an dem Militärgerichte in Diyarbakir 42 Angehörige der PKK und in Istanbul 9 HDÖ-Angehörige zum Tode verurteilten, weilte Wirtschaftsminister Lambsdorff in Ankara und gewährte der türkischen Regierung die Weiterzahlung von 130 Millionen DM Wirtschaftshilfe und Militärhilfe. Trotz der unmenschlichen Unterdrückung der Opposition in der Türkei spricht die Bundesregierung immer noch davon, daß sich die Türkei auf dem Weg zu

„Demokratischen Verhältnissen“ befinde. Ermutigt durch die USA und die NATO drang eine Eliteeinheit türkischer Militärs mit Luftlandeheiten und Panzerverbänden in den Irak (kurdische Gebiete) vor. In der Türkei hieß es offiziell, die Aktion im Irak gegen „bewaffnete Gruppen“ diene der „Sicherung der Grenztruppen“. In Wirklichkeit zielt dieser Überfall, der mit der irakischen Regierung abgesprochen wurde, auf die Zerschlagung der nationalen Befreiungsbewegungen auch in Irak-Kurdistan ab. Die Militäraktion fiel zusammen mit dem Beginn des NATO-Manövers „Adventure Express 83“ in Türkei-Kurdistan, das bis Ende Juni 1983 unter der Beteiligung der USA, der BRD, Belgiens, Großbritanniens und Italiens, sowie erstmals mit einem Teil der „Schnellen Eingreiftruppe“ stattfindet. Die türkische Militärregierung verhängte in diesem Zusammenhang eine Nachrichtensperre über diese Vorgänge. Des weiteren wurden in diesem Gebiet Erste-Hilfe-Lazarette auf dem Gebiet Erste-Hilfe-Lazarette aufgebaut. Nach einer Meldung vom 27. Mai 83 soll im Rundfunk in Diyarbakir zu Blutspenden aufgefordert worden sein. Es ist anzunehmen, daß es eine Auseinandersetzung zwischen



Widerstandskämpfern und den Junta-Kräften gegeben hat.

Die Militarisierung in der Türkei, speziell aber Türkei-Kurdistan, gefördert durch großzügige Türkei 'hilfen' verschiedener NATO-Länder geht weiter. Heute stehen 3/4 der türkischen Armee (600 000 Mann) in Kurdistan, das ein Drittel der Fläche der Türkei bildet. Weitere Eliteeinheiten werden zur Unterstützung der dortigen Truppen in diese Region befördert. Diese Manöver sind Teil der Maßnahmen der Junta, um die Stimmen aller Regimegegner zum Schweigen zu bringen und um die Türkei als sicheren Brückenkopf für künftige Konfrontationen im Rahmen der aggressiven Reaganischen Außenpolitik auszubauen. Wir fordern die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik und die der Welt auf: **Verhindert die Todesurteile, Folter und Mord in der Türkei und Türkei-Kurdistan!** **Protestiert gegen den Einmarsch**

der türkischen Militärs in den Irak und gegen die NATO-Manöver in Türkei-Kurdistan!
Keine Wirtschafts- und Militärhilfe an das faschistische türkische Militärregime!
Keine Auslieferung türkischer und kurdischer Demokraten an die Junta!
SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKIE!

Erheben wir unsere Stimme bei den Demonstrationen in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg und München am 11. Juni gegen die Hinrichtungen, Folter, Massaker und die Intervention in Irak-Kurdistan durch die faschistische Junta und gegen das NATO-Manöver!

SCHICKT EURE PROTESTSCHREIBEN BITTE AN:

Auswärtiges Amt
5300 Bonn 1
Staatspräsident
Kenan Evren
Ankara/Türkei
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1
Staatspräsident
Saddam Hüseyin
Bagdad/Irak

Unterstützungsadressen schickt bitte an folgende Anschriften:
BIRKOM, Ebertplatz 12, 5000 Köln 1, 0221/240 18 20 oder 13 58 37
KOMKAR, Savignystr. 75, 6000 Frankfurt/Main, 0611/74 67 47
BIRKOM (Devrimci Isci, Serxwebin Emekci, Kivilecim, Iscinin Sesi, Cephe, Birlık Yolu, Devrimci Savas); KOMKAR; DIB-FAK; GERCEK; Proleter DANYANISMA; ISCI GERCEGI; KKDK; KOC-KAK; TÜRK-KE-KOMITEES;
STUDENTENBUND in der BRD und West-Berlin: KSSE; Symp. der Tekosin; DIE GRÜNEN im Bundestag.

Sofortiger Stopp der Türkeihilfe

An die Bundesregierung
Parlamentssekretariat
z.Hd. Herrn Konen
Zi. A27
im Hause

ANTRAG
der Fraktion DIE GRÜNEN
Betr.: **SOFORTIGER STOPP DER TÜRKIEHILFE**
Begründung:

Prozessverlauf und die Urteile gegen die Angeklagten der „Kurdischen Arbeiterpartei“ P K K in Diyarbakir (35 Todesurteile, 28 Urteile zur lebenslänglichen Haft, 331 Verurteilungen zu Gefängnisstrafen von 3-24 Jahren bei insgesamt 572 angeklagten Personen) haben erneut deutlich gemacht, daß von der Beachtung der Menschenrechte in der Türkei keine Rede sein kann. Der Prozeß Diyarbakir verstieß gegen elementare Grundsätze eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens, wie in einer Fülle anderer Verfahren seit der Machtübernahme durch die Militärdiktatur am 12. September 1980. Die Prozesse sind nicht öffentlich, Aussagen werden unter Folter erpreßt, die Verteidigerrechte sind mindestens außerordentlich eingeschränkt, in vielen Fällen findet eine Verteidigung nicht statt, Untersuchungsgefangene werden gezwungen, gefälschte Protokolle zu unterschreiben, Zeugen, die selbst angeklagt sind, werden zu Falschsaugungen mißbraucht, in den Gerichtsakten wird durch Soldaten mit Maschinenpistolen und Schlagstöcken militärische Macht bedrohlich demonstriert, von Unabhängigkeit der Richter kann keine Rede sein. All diese Vorwürfe sind durch Aussagen der Internationalen Juristenkommission, durch amnesty International und durch Untersuchungen des Republikanischen Gerichtsvereins vielfach belegt. Nach Schätzungen dieser Organisationen beläuft sich die Anzahl von

Gefangenen in Zivil- und Militärgefängnissen zwischen 110.000 und 150.000. Selbst nach offiziellen Angaben sind etwa 25.000 Personen aus „ideologischen“ Gründen in Haft. Eine Verbesserung der Menschenrechtssituation und eine Beendigung der Unterdrückung nationaler Minderheiten - insbesondere der Kurden - ist nicht festzustellen.

Die vom Deutschen Bundestag schon mit dem einstimmig verabschiedeten Entschließungsantrag vom 3. Juni 1981 (Drs. 9/531) mit der Gewährung der Türkeihilfe von der derzeitigen türkischen Staatsführung erwartete „Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person und der Menschenrechte“ wurde enttäuscht. Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht zur Entwicklung in der Türkei vom 02.12.1982 (Drs. 9/2213) festgestellt, daß selbst nach Verkündung der neuen Verfassung am 09. Nov. 1982 auf Grund der Vorbehaltregelungen nach Art. 177 persönliche Freiheitsrechte, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, arbeitsrechtliche Bestimmungen (Streikrecht, Aussperrung), Bestimmungen über die Freiheit der politischen Betätigung und über politische Parteien und Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht nicht in Kraft getreten sind.

Auch den vielfältigen Entschließungen des Europäischen Parlaments auf Beachtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten und Wiederherstellung der demokratischen Institutionen und Gewerkschaftsfreiheit, wie sie beispielsweise grundlegend in der „Entschließung zur Militärdiktatur in der Türkei“ vom April 1982 (Drs. 9/357) zum Ausdruck gekommen ist, wurde bisher von der Militärdiktatur nicht entsprochen. Vielmehr verstößt die Politik der Junta systematisch gegen nahezu alle Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention wie Recht auf Leben, Verbot der Folter, Recht auf rechtliches Gehör, das Verbot der

Strafe ohne Gesetz, das Recht auf freie Wahl der Verteidigung, die Achtung der Privatsphäre, die Gedanken- und Gewissensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Schutz nationaler Minderheiten.

Angesichts der fortdauernden Verletzung der Grund- und Menschenrechte durch die Militärdiktatur, ist die Fortsetzung der Wirtschafts- und Militärhilfe von allein 1982 über 600 Millionen DM nicht gerechtfertigt, da sie der Stabilisierung eines blutigen Unterdrückungsregimes dient. Die von der Bundesregierung selbst zuletzt im Bericht zur Entwicklung in der Türkei vom 02.12.1982 (Drs. 9/2213) herausgestellten Zielsetzungen - Gewährleistung der Grund- und Freiheitsrechte und der Schutz der Menschenrechte, die Wiederherstellung der Demokratie unter Einbeziehung der Türkei „in das gemeinsame Wertesystem des Westens“, Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität - haben sich durch die Politik der Junta widerlegt. Die festgestellte Verbesserung der Wirtschaftslage ging auf Kosten zunehmenden Elends weiter Bevölkerungsschichten.

Nur die sofortige Aussetzung der Türkeihilfe scheint ein geeignetes Mittel, um den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei zu bewegen, die Todesurteile von Diyarbakir nicht zu bestätigen, auch in den anderen Prozessen zu rechtsstaatlichen Verfahren zurückzukehren und den notwendigen Druck auszuüben, damit die Grund- und Menschenrechte beachtet werden und die Türkei zur Demokratie zurückkehrt.

Antrag:
Der Bundestag wolle beschließen:
1. Die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Türkei wird sofort ausgesetzt.
Die Wiederaufnahme jeglicher Hilfe bedarf der zustimmenden Entscheidung des Deutschen Bundestages und

Fortsetzung Seite 11

Offener Brief an General K. Evren

Gert Bastian
Jürgen Reents
Otto Schily

Offener Brief
an den
Staatspräsidenten der Republik
Türkei
General Kenan Evren

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland ist zunehmend besorgt über die Situation der Menschenrechte in der Türkei. Wir haben mit Empörung von den neuen Todesurteilen gegen 44 Angeklagte in den Prozessen vor den Militärgerichten von Diyarbakir und Istanbul erfahren. Wir fordern Sie und den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei auf, diese Todesurteile nicht zu bestätigen, sondern sie aufzuheben. Wir sind sicher, daß wir damit nicht nur unseren eigenen Protest zum Ausdruck bringen, sondern für die demokratische Öffentlichkeit in anderen Ländern und auch für all die Menschen in der Türkei, die wegen zu erwartender politischer Verfolgung ihren Protest nicht in gleichem Maße vorbringen können. Sie behaupten vor der Weltöffentlichkeit, in der Türkei nur die „innere Sicherheit“ wiederherstellen und das Land auf den Weg der Demokratie zurückführen zu wollen. Aber die Nachrichten, die aus der Türkei kommen, sprechen eine andere Sprache. Die Verfolgung und Verurteilung der politischen Opposition geht unvermindert weiter. Alle Untersuchungskommissionen, die von verschiedenen politischen und humanitären Organisationen in die Türkei entsandt wurden, bestätigen immer wieder, daß die Verfahren vor den Militärgerichten mit demokratischen Rechtsprinzipien nicht vereinbar sind. Sie bestätigen ebenso ausnahmslos, daß Folter in der Türkei weiterhin an der Tagesordnung ist. Die Verfassung, die Ende

letzten Jahres in Ihrem Land in Kraft getreten ist, schließt weiterhin persönliche Freiheitsrechte, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, und Streikrecht aus.

Politische Parteien, die jetzt neu zugelassen werden, sind von ihrer Tätigkeit und in der Zusammensetzung ihrer Vorstände von der Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrates abhängig. Die Menschenrechtssituation in der Türkei ist nach alledem nicht durch eine Rückkehr zur Demokratie gekennzeichnet, sondern durch überfüllte Gefängnisse: Die Federation Internationale des Droits de l'Homme hat nach Kenntnisnahme verschiedener Informationen von 110.000 bis 150.000 Gefangenen in den Zivil- und Militärgefängnissen der Türkei gesprochen - offizielle Angaben der türkischen Regierung sprechen allen von knapp 25.000 Menschen, die aus ideologischen Gründen in Haft sind.

Wir fordern Sie auf, die Unterdrückung, Verfolgung und Hinrichtung demokratischer und gewerkschaftlicher Oppositioneller zu beenden. Wir fordern Sie auf, die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten zuzulassen.

Wir fordern Sie ebenso auf, den neu begonnenen Krieg gegen die Kurden im Osten der Türkei und im Norden des Irak unverzüglich einzustellen. Wir werden nicht nachlassen, die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes zur Unterstützung dieser Forderungen aufzurufen, und nachhaltig auf die Bundesregierung einzuwirken, die Wirtschafts- und Militärhilfe für die Türkei zu stoppen.

Für die Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag
(Schily)
Fraktionssprecher, MdB
(Bastian)
General a.D., MdB
(Reents)
MdB
Bonn, den 31. Mai 1983